

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark voraus zahlbar. Unser Streifenband für Deutschland, Dänzig, Gaux- und Remscheid, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4.25 Goldmark, für das übrige Ausland 5.25 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Boll und Reit“ mit „Gedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“, erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 28. Mai 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Volkshauskonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diktoria-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierleistung 0.20 Goldmark, Reklamereise 1.- Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0.20 Goldmark (außerhalb zwei fertige Worte), jedes weitere Wort 0.10 Goldmark. Streifenbeilage das erste Wort 0.10 Goldmark, jedes weitere Wort 0.05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben ablesen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reize 0.20 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4.26.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Reichstagskrach und Regierungswirrwarr
Sprengung der ersten Reichstagsitzung - Auf der Regierungssuche.

Als man gestern im Reichstag nach dem großen Kadaver der Kommunisten wieder allmählich daran zu denken begann, daß das Deutsche Reich eine Regierung braucht, schien man sich klar darüber zu sein, daß nach Lage der Umstände kaum eine andere Kabinettsbildung zu denken sei als durch den bisherigen Reichstagskanzler Marx. Man nahm an, daß im Laufe des heutigen Tages seine Wiederbetragung durch den Reichspräsidenten erfolgen werde und daß ihm auch die Bildung eines Kabinetts der bürgerlichen Linken gelingen würde, wobei man etwas sorgenvoll auf die Volkspartei blickte. Zweifellos ist durch die Extratouren, die sich diese Partei mit den Deutschnationalen geleistet hat, die innere Festigkeit der „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“ und das gegenseitige Vertrauen innerhalb dieser Gruppierung stark ins Wanken gekommen. Aber diejenigen, die für Marx optimistisch denken, beriefen sich darauf, daß der Beschluß der Mitte, die Verhandlungen mit den Deutschnationalen abzubrechen, einstimmig gefaßt worden sei.

Aber sie hatten nicht mit der Volkspartei gerechnet! Eine neue Extratour der Volkspartei mit den Deutschnationalen kam in Gang. Eine parteiamtliche Rundgebung der Volkspartei widerruft die Einmütigkeit des Beschlusses der Mitte und kündigt neue Verhandlungen mit den Deutschnationalen an. Aller Optimismus für Marx ist damit widerlegt. Neben das Schauspiel des rasenden Reichstags tritt das nicht minder beschämende Schauspiel der völligen Verwirrung in der Regierungsfrage. Wird demnach noch an eine Regierung der Mitte zu denken sein?

Die neue Regierung der Mitte wird, wenn sie überhaupt zustande kommt, vor ungeheurer schwierigen Aufgaben stehen. Wir reden in diesem Zusammenhang nicht davon, ob der Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung überhaupt formell arbeitsfähig sein wird. Wird er es, dann handelt es sich darum, für die Arbeit des Kabinetts die erforderlichen Mehrheiten zu schaffen, und das wird nichts weniger als einfach sein.

Ein Versuch, mit wechselnden Mehrheiten zu regieren, muß zu den schwersten Erschütterungen führen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist bereit, die Gesetze, die zur Ausführung der Sachverständigenvorschläge notwendig sind, anzunehmen. Sie muß aber von der Regierung verlangen, daß sie sich auch bei der sozialen Lastenverteilung nicht etwa von der Rechten ins Schlepptau nehmen läßt.

Ohne die Hilfe der sozialdemokratischen Arbeitervertreter läßt sich eine den wirklichen Interessen Deutschlands entsprechende Außenpolitik nicht treiben. Ohne diese Hilfe ist auch die Aufrechterhaltung des Staats in seiner gegenwärtigen Verfassung unmöglich. Von der neuen Regierung muß daher gefordert werden, daß sie eine republikanische und soziale Politik treibt. Eine solche Politik läßt sich, wenn notwendig, auch durch einen neuen Appell an das Volk durchsetzen, aber nur unter der Voraussetzung, daß zuvor der ernste Wille gezeigt worden ist, sie auch ernstlich durchzusetzen.

Das Glend breiter Volksmassen schreit zum Himmel. Es ist keine Regierung erträglich, die nicht die Wilderung dieses Glends zum Richtpunkt ihres gesamten Handelns wählt. Ist doch der Reichstag in seiner heutigen Zusammensetzung ein Ausbruch dieses ungeheuer materiellen und sozialen Glends und der durch dieses hervorgerufenen geistigen Verwirrung. Nur ein starker Wille kann sich den Weg durch diese Wildnis erzwingen, eine ängstliche Kompromiß- und Schaufelpolitik wird dazu niemals imstande sein.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, als stärkste republikanische Partei den Sitz des Reichstagspräsidenten für sich zu beanspruchen. Sie wird bei der heutigen Wahl für den bisherigen Präsidenten, den Genossen Lohse stimmen, während die Deutschnationalen darauf bestehen, daß sie nach Einverleibung der Landliste die überhaupt stärkste Fraktion seien und auf den Präsidentensstuhl Anspruch hätten, für den sie Herrn Wallraf in Vorschlag bringen. Der Ausgang der heutigen Präsidentenwahl wird ein Symptom dafür sein, ob die Parteien der Mitte gewillt sind, eine republikanische Politik zu treiben oder ob sie einen so wichtigen repräsentativen Platz der Republik einem Monarchisten überlassen wollen.

Indem die sozialdemokratische Fraktion an Lohse als Präsidenten, gegen dessen eigenen Wunsch, festhielt, erbrachte sie den Beweis dafür, daß sie für die Zurückführung der Politik auf republikanische Bahnen Opfer zu bringen bereit ist. Denn es war für sie sicher kein leichter Entschluß, einen ihrer besten Männer auf einen Posten zurückzubehalten, der

unter den gegenwärtigen Umständen wahrhaftig alles andere als beneidenswert ist. Sie zeigt durch ihn, daß sie bereit ist, sich für die Republik, für die parlamentarische Demokratie und ihre notwendige Ordnung voll einzusetzen, gegen diejenigen, die in verbrecherischem Unverstand an diesen Grundlagen für den Aufstieg der Arbeiterklasse zu rütteln versuchen.

Die Ereignisse der letzten Tage haben gezeigt, daß sich die Sozialdemokratie als ein wichtiger Faktor der äußeren wie der inneren Politik behauptet. Mit ihr wird jedermann zu rechnen haben für die Gegenwart wie für die Zukunft, für diese um so mehr, als der Kommunismus in seiner gegenwärtigen tollhäußerischen Erscheinungsform sich sehr rasch abwärts zu entwickeln muß. Eine Bürgerblockregierung hätte mit der unversöhnlichen Gegnerschaft der Sozialdemokratie zu rechnen, eine solche Regierung vermöchte nichts anderes, als nach außen und innen zur Katastrophe zu treiben. Mögen diejenigen von rechts und ganz rechts, die noch immer im trüben fischen wollen, es sich gesagt sein lassen, daß sie zwar das Wasser trüben, aber dabei keine Beute holen können. Was jetzt die Volkspartei von dem einen Ende und die Kommunisten von dem anderen her betreiben, die Zerstörung der parlamentarischen Demokratie, wird den Schuldigen nicht zugute kommen.

Sind alle Wege und Auswege vergebens geprüft, dann kann nur noch ein Umschwung der Volksgemeinnung Deutschland retten. Für diesen Umschwung im Geist der aufbauenden Arbeit der Sozialdemokratie gilt es unermüdllich zu wirken - wer weiß, wie nahe die Stunde ist, die die letzte Entscheidung bringt!

Die Volkspartei für den Bürgerblock.

Fortsetzung der Verhandlungen mit den Deutschnationalen?

Die Deutsche Volkspartei gibt folgende Mitteilung aus: In einem Teil der deutschen Presse werden Behauptungen aufgestellt, monach auch die Fraktion der Deutschen Volkspartei die Verhandlungen über den Bürgerblock als gescheitert betrachtet. Demgegenüber wird von dem Pressedienst der Deutschen Volkspartei festgestellt, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei nach wie vor daran festhält, daß innen- und außenpolitische Gründe die Schaffung einer großen bürgerlichen Regierungsmehrheit von Deutschnationalen bis Demokraten dringend erfordern und daß in diesem Sinne die Verhandlungen weitergehen.

Die Deutsche Volkspartei hat die Lage abermals verwirrt. Sie handelt wie ein Vorposten der Deutschnationalen im Lager der Mittelparteien. Lauter als ihr stilisiertes Bekenntnis zu der Außenpolitik der bisherigen Regierung spricht ihr Drängen zu den Deutschnationalen. Die „Deutsche Tageszeitung“, die in dem Programm der Mittelparteien Brücken zur Verständigung sehen wollte und der Volkspartei deshalb Anerkennung zollte, hat von vornherein mit dieser Haltung der Volkspartei gerechnet. Diese Erklärung der Volkspartei in dieser Situation ist eine weit

Schiedspruch im Ruhrkampf.

Die mehrtägigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zur Schlichtung des Riesenkampfes im Ruhrbergbau sind gestern, Dienstag, spät abends durch einen Schiedspruch beendet worden. Die Formulierung des umfangreichen Textes hat soviel Zeit in Anspruch genommen, daß die Veröffentlichung in der vorliegenden Nummer des „Vorwärts“ noch nicht erfolgen kann.

Die Bergarbeiterorganisationen, und zwar der Gewerkschaftsbund der Bergarbeiter Deutschlands und der Verband der Bergarbeiter (aller Verbände) haben für heute nachmittags eine Konferenz des Ruhegebietes nach Bochum einberufen, um zu den neuen Vereinbarungen Stellung zu nehmen.

Der Wortlaut des Schiedspruches wird erst heute den Konferenzpartnern bei ihrem Zusammentritt bekanntgegeben, um eine vorzeitige Beeinflussung der Parteien zu verhindern und eine objektive Stellungnahme zu ermöglichen.

Wie die Telegraphen-Union aus bergbaulichen Kreisen erfährt, sind die Einigungsverhandlungen für den sächsischen Steinkohlenbergbau, die gestern nachmittags im Reichsarbeitsministerium stattfanden, ergebnislos verlaufen. Ob es nochmals zu neuen Verhandlungen kommen wird, erscheint zweifelhaft. Es ist daher für den sächsischen Bezirk mit der Fortdauer des Konflikts zu rechnen.

schlimmere Schädigung der außenpolitischen Stellung Deutschlands, als es die Verhandlungen waren, die bisher zwischen Mittelparteien und Deutschnationalen geführt wurden.

Die Antwort der Deutschnationalen.

Sie bestehen auf Tirpitz.

Die deutschnationalen Reichstagsfraktion trat gestern abend zu einer Besprechung über die Regierungsbildung zusammen. Es wurde erneut beschlossen, Großadmiral v. Tirpitz für den Kanzlerposten in Vorschlag zu bringen.

Hergt wieder zum Reichspräsidenten gebeten.

Der Abg. Hergt ist vom Reichspräsidenten nochmals für morgen vormittag zu einer Rücksprache über die politische Lage eingeladen worden.

Der Reichspräsident hatte gestern um 5 Uhr eine informatorische Besprechung mit dem Reichstagskanzler Marx. Um 6 Uhr hatte er eine Unterredung mit dem Abgeordneten Stegerwald über die Möglichkeit einer Regierung auf der Grundlage sämtlicher bürgerlicher Parteien.

Nach Stegerwald empfing der Reichspräsident nachmals den Abg. Scholz als Vertreter der Deutschen Volkspartei. Die Deutsche Volkspartei ließ durch Scholz erklären, daß sie die Bemühungen um die Bildung einer Regierung auf der Grundlage des Bürgerblocks noch fortsetze.

Erste Sitzung - erster Skandal.

Die erste Sitzung des neugewählten Reichstags ist in Tumult untergegangen. Der Alterspräsident Genosse Bodschloß sie, da er sich nicht mehr verständlich machen konnte, indem er den Hut aufsetzte und sich entfernte.

Die Sprengung der ersten Reichstagsitzung war ein Werk der Kommunisten, in der Fraktion gegen eine gemäßigtere Minderheit beschlossen und nach sorgfältiger Regie und allen Feinheiten der Lausbühnerei in Szene gesetzt. Pfeife und Blechtrumpeten tönten mischten sich mit den Klängen der Internationalen. Arme, beschmückte Internationale!

Die Rohheit der Kommunisten wirkte um so beschämender, als sie sich gegen den Alterspräsidenten des Reichstags, den im 79. Lebensjahre stehenden Genossen Bodschloß, der mehr als ein halbes Jahrhundert in der Arbeiterbewegung steht. Ohne die scheußliche Verwilderung durch den Krieg wäre es gar nicht denkbar, daß jene Burischen es überhaupt wagen konnten, die Stimme eines Greises, der durch sein hohes Alter zur Würde des Präsidenten berufen war, durch ihr Geheul zu übertönen. Und das wollen Arbeitervertreter sein! Arme, geschändete Arbeiterbewegung!

Herr Koene, jetzt ein „Gemäßigter“, der sofort durch den „radikaleren“ Thaelmann öffentlich korrigiert wurde, behauptete, die Kommunisten seien erregt, weil sich einige Mitglieder ihrer Fraktion im Gefängnis befänden. Von dieser Erregung hat man nicht das geringste bemerkt, man hörte nur grölendes Wihe, gellendes Gelächter und sah freudig grinsende Gesichter. Da war keine Spur von Erregung, das war nur Schmierentomödie.

Während die Kommunisten ihr Theater vorbereiteten, beschäftigte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in erster Beratung mit der Tatsache, daß ein Mitglied der völkischen Fraktion und fünf Mitglieder der Kommunisten durch Haft von den Reichstagsverhandlungen ferngehalten werden. Es gab nur eine Meinung darüber, daß der Reichstag in Wahrung des parlamentarischen demokratischen Prinzips bei der ersten sich geschäftsordnungsmäßig bietenden Gelegenheit die Freilassung seiner in Haft befindlichen Mitglieder beschließen müsse. Der Wortlaut der Geschäftsordnung läßt keinen Zweifel daran, daß diese erste Gelegenheit gegeben ist, sobald das Haus sich konstituiert und sein Präsidium gewählt hat. Die Beratung von Anträgen vor der Wahl des Präsidiums läßt die Geschäftsordnung nicht zu.

Kam es den Kommunisten wirklich darauf an, die verhafteten Abgeordneten frei zu bekommen, so mußten sie sich der Geschäftsordnung fügen und den sozialdemokratischen Vorschlag unterstützen. Wurde dieser Vorschlag angenommen, dann bestand Aussicht, daß sich tatsächlich eine Mehrheit für die Freilassung entschied. Denn Sozialdemokraten, Kommunisten und die durch den Fall Kriebel mitinteressierten Völkischen verfügen zusammen über etwa 190 Stimmen, es genügt weniger als 50 Stimmen aus den anderen Parteien, um den Antrag durchzubringen.

Daß aber der Reichstag sich nicht durch das Loben der Kommunisten dazu zwingen lassen würde, die Freilassung

schon vor der Präsidentenwahl zu beschließen, das mußten die Kommunisten sehr genau. Sie wollten nicht die Freilassung, sondern den Skandal, und darum ließen sie über die Frage, ob über die Freilassung am Dienstag oder am Mittwoch beschlossen werden sollte, die erste Sitzung des Reichstags ausfallen.

So wird der grundsätzliche Unterschied zwischen der sozialdemokratischen Politik und dem kommunistischen Treiben klar. Die Sozialdemokratie tritt für die Immunität der Abgeordneten ein, weil sie die parlamentarische Demokratie als verfassungsmäßige Grundlage aufrechterhalten will. Die Kommunisten, die auf die parlamentarische Demokratie pfeifen, wollen die Immunität dazu mißbrauchen, um den Parlamentarismus selber unmöglich zu machen.

Es bleiben nur drei Möglichkeiten übrig. Die erste ist, daß sich die Mittel der Geschäftsordnung als stark genug erweisen, um die Arbeitsfähigkeit des Reichstags herzustellen und die Kommunisten zur Vernunft zu bringen. Die zweite ist, daß der Reichstag aufgelöst wird und daß die Arbeiter noch einmal vor die Frage gestellt werden, ob sie Lausungen oder Arbeitervertreter in den Reichstag schicken wollen. Hilft auch das nicht, dann ist der Parlamentarismus für Deutschland vorläufig erledigt, und dann kommt die Diktatur! Aber wessen Diktatur? Ganz gewiß nicht die von Werner Scholem und Ruth Fischer, sondern eine ganz andere, bei der die Kommunisten ihr blaues Wunder erleben werden.

Der Tag, an dem der zweite Reichstag der Deutschen Republik eröffnet wurde, war ein schwarzer Tag für die deutsche Arbeiterklasse. Die Scham brennt einem auf der Stirn, wenn man denkt, daß es Arbeiter waren, die eine solche Horde hirnloser Ständalmacher zu ihren Vertretern gewählt haben. Diese Schande wieder auszuwischen, muß das Ziel aller sein, die die Ehre der deutschen Arbeiterbewegung wiederherstellen, ihre Zukunft aus den Händen unwürdiger, gewissenloser Vertreter befreien wollen.

Schon vor Beginn der konstituierenden Sitzung des neuen Reichstags waren sämtliche Tribünen überfüllt. In der Diplomatensloge sah man den englischen Botschafter, den amerikanischen Vertreter in Berlin, Mitglieder der französischen und italienischen Botschaft und Angehörige der belgischen bzw. tschechoslowakischen Gesandtschaft. Vorn war die Regierungsbank, die Minister hatten im Saale auf ihren Abgeordnetenbänken Platz genommen.

Als der Alterspräsident Genosse Bok-Golba um 3 Uhr 20 Min. die Sitzung eröffnen wollte, begann bereits der Lärm der Kommunisten. Getreu dem Befehl von Moskau rief Herr Kay, rühmlich bekannt durch seine Plebeien in preussischen Landtag: Heraus mit den politischen Gefangenen! Sein hysterischer Schrei war das Signal für die anderen Moskauer Soldlinge, in den Arch einzustimmen und unter Benutzung von Trillerpfeifen fast fünf Minuten lang jede Geschäftsführung unmöglich zu machen. Auf der bürgerlichen Abgeordneten: Heraus mit dieser Gesellschaft! gingen zeitweise in dem kommunistischen Kadu unter. Selbst der wiederholte Hinweis einiger Reichstagsmitglieder, daß in Moskau tausend und aber tausend Arbeiter schon jahrelang ohne Grund hinter Gefängnismauern schmachten, veranlaßte die „Revolutionäre“ nicht zum Schweigen. Sie wollen Kadu und den Anlaß zu diesem Spektakel mühen in der Eröffnungssitzung des Reichstags die politischen Gefangenen geben.

Während der Lärm durch Rufe von links nach rechts und rechts nach links andauert, bestreift der Kommunist Kay die Tribüne. Stürmisch fordert die Mehrheit des Hauses seine Entfernung, ohne daß er sich darum kümmert. Er versucht vielmehr gegen den Willen des Präsidenten, einen kommunistischen Antrag auf Haftentlassung zu verlesen und verlangt dann dessen sofortige Beratung. Als er geendet hatte, ohne Beachtung gefunden zu haben, trat wenigstens soweit wieder Ruhe ein, daß der Präsident die Sitzung für eröffnet erklärt und die Abg. Philipp (Dnail.), Frau Teusch (3.), Frau Agnes (Soz.) und Eichhorn (Komm.) zu Schrift-

führern berufen kann. Es folgt der Namensaufruf. So oft ein kommunistischer Abgeordneter aufgerufen wird, der inhaftiert ist, beginnt der Lärm von neuem, und als endlich der Name Ludendorff fällt, erlebte das Haus eine weitere Fortsetzung des kommunistischen Spektakels um fünf Minuten. Auch als Severing aufgerufen wird, gibt es Spektakel. Zurufe wie „Blut und“ und andere kommunistische Hochausdrücke mußte sich der Mann gefallen lassen, der seit Jahrzehnten das Beste für die Arbeiterschaft erstrebt. Kommunisten aber können ihn ebensowenig beleidigen wie den Genossen Soltmann, dem der Lausbub Scholem — etwas anderes ist er nicht — bei der Verlesung seines Namens zurief: „Bist Du noch nicht bei den Bäckischen gelandet?“

Anschließend läßt der Präsident die zahlenmäßige Anwesenheit feststellen. Anwesend sind 449 Mitglieder, die fehlenden sind zum Teil entschuldigt. Während die Anwesenheit durch den Präsidenten festgestellt wird, begibt sich der von Moskau mit der Führung der kommunistischen Spektakelaktionen betraute Abg. Kay wieder auf die Rednertribüne. Er verlangt das Wort zur Geschäftsordnungsdebatte, um die Befreiung sämtlicher politischer Gefangenen zu beantragen und darauf aufmerksam zu machen, daß sich in dem Gebäude des Reichstags Schutzpolizei, mit allen möglichen Werdwerkzeugen bemannet, aufhalte. Erst provoziert man also die Anwesenheit der Polizei, um dann gegen sie zu protestieren.

Mit gutem Recht erklärte Genosse Dittmann im Anschluß an die Reuerungen von Kay, daß sich der Reichstag erst konstituieren müsse, ehe er in seine sachlichen Beratungen eintreten könne. Sobald aber der Vorstand und die ständigen Ausschüsse gewählt seien, würde die Sozialdemokratie dafür stimmen, daß die Strafverfahren sowohl zugunsten Kriebels wie zugunsten der kommunistischen Gefangenen eingestellt würden.

Diese Erklärung veranlaßte den Kommunisten Scholem zu einer Entgegnung, der Abg. Ehrenbach sofort widersprach. Endlich bestand Aussicht, dem Spektakel durch Vertagung ein Ende zu machen. Der Alterspräsident hatte bereits erklärt, daß er die nächste Sitzung auf Mittwoch vormittag 11 Uhr zur Wahl des Vorstandes und Beratung der schleunigen Anträge anberaume, als der deutschvölkische Abg. Graefe nochmals das Wort verlangte, um festzustellen, daß sich seine Auffassung mit derjenigen der Kommunisten decke. Ihm folgte Koenen, der die Erregung der Kommunisten über die politischen Gefangenen zum Ausdruck brachte und gewissermaßen das vorher erfolgte Auftreten anderer Kommunisten korrigierte.

Das veranlaßte den Kommunisten Thaelmann zu der ausdrücklichen Feststellung, die Geschäftsordnung des bürgerlichen Parlamentes gelte nicht für den Kommunisten. Er schloß mit dem Ruf: „Die Gefangenen, sie leben hoch!“ Seine Fraktion stimmte dreimal in diesen Ruf ein, läßt anschließend die kommunistische Internationale hochleben und beginnt im Chor die Internationale zu singen. Der Präsident schwingt unaufhörlich die Glocke. Mitten in den Gesang hinein ertönen schrille Pfeife. Die Bäckischen beginnen „Deutschland, Deutschland über alles“ zu singen, dem sich die Deutschnationalen und die Volksparteiler anschließen, während die übrigen Abgeordneten den Saal verlassen. Als die bürgerlichen Abgeordneten mit ihrem Gesang fertig waren, stimmten die Kommunisten nochmals in den letzten Refrain der Internationale ein. Inzwischen hatte der Alterspräsident bereits seinen Platz verlassen. Um 4 Uhr nahm schließlich der Spektakel ein Ende.

Die Präsidentenfrage.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, als stärkste republikanische Fraktion des Reichstags, den Abg. Löbe als Präsidenten des Reichstags vorzuschlagen.

Die demokratischen Abgeordneten haben in einer Besprechung zu der Wahl des Reichstagspräsidenten noch keine Stellung genommen, sie haben aber festgestellt, daß am 12. Dezember 1922 die Deutschnationalen durch den Abg. Schulz-Bromberg erklärt haben, daß die stärkste Fraktion nach der neuen Geschäftsordnung nicht den Anspruch darauf habe, den Reichstagspräsidenten zu stellen, sowie, daß der Präsident Löbe damals diese Ansicht bekräftigt habe.

Die kommunistische Fraktion hat zu der Wahl des Präsidenten des Reichstags Stellung genommen und beschlossen, für diesen Posten den Abg. Thälmann-Hamburg vorzuschlagen und für den Posten eines Vizepräsidenten den Abg. Kay und als Schriftführer die Abgg. Urbahn und Eichhorn.

Die Deutschnationalen schlagen den Abg. Wallraf vor.

Genosse Luer-München, der sowohl in den Bayerischen Landtag wie in den Reichstag gewählt ist, hat das Reichstagsmandat niedergelegt. In seine Stelle tritt die Genossin Pfälz, die bereits der Eröffnungssitzung des Reichstages beizuhole.

Das Auslandsecho.

London, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Demission der Regierung Marx hat in amtlichen Londoner Kreisen großes Erstaunen hervorgerufen. Man betrachtete den Rücktritt allgemein als Kapitulation vor den Deutschnationalen bzw. Vorspiel zum Bürgerkrieg. Ausdrücklich wird deshalb darauf hingewiesen, daß jede Regierung unter Beteiligung der Deutschnationalen nicht nur in Frankreich, sondern auch in England auf das stärkste Mißtrauen stoßen wird. Praktisch würde das eine außergewöhnliche Verschlechterung der deutschen Position bei den kommenden Verhandlungen bedeuten. Selbst die nachträgliche Annahme des Sachverständigenutachtens durch die Deutschnationalen könne nichts daran ändern, da niemand an den aufrichtigen Willen der Deutschnationalen zur Durchführung des Gutachtens glauben könne.

Paris, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Rücktritt des Kabinetts Marx hat hier um so größere Ueberraschung hervorgerufen, als er nach dem Scheitern der Verhandlungen mit den Nationalisten nicht erwartet worden war. Man nimmt hier allgemein an, daß der Versuch der Nationalisten, eine Regierung zu bilden, scheitern und daß dann Dr. Marx mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werden wird. Es wird erwartet, daß er die Gelegenheit benutzen wird, die reaktionären Elemente, wie den Minister des Innern Jarres und den Finanzminister Luther, auszuscheiden.

Amerikanische Mahnungen an Deutschland.

New York, 26. Mai. „New York World“, führendes demokratisches Blatt, schreibt in einem Leitartikel unter der Spitzmarke „Wenn Herriot an der Spitze Frankreichs steht“: es sei hohe Zeit für Deutschland, Frankreich auf dem Wege zum finanziellen Frieden zu folgen. Die Nationalisten sprächen von Tirpitz als Kanzler, aber es sei nicht wahrscheinlich, daß etwas derartiges eintreten werde. Für jeden Deutschen, der den Vorteil einer internationalen Anteihe genieße wolle, sei es wohl ziemlich einleuchtend, daß die bloße Erwähnung des bärtigen Heiden der Unterseebootoffensiv als Kanzlerkandidaten reine Torheit sei. Die „New York Sun“ schreibt: es kann nicht in Frage gezogen werden, daß die wichtigste Pflicht für Deutschland ist, heute einen Kanzler zu wählen, der wie der gegenwärtige Kanzler, den Dawes-Plan wenigstens im Prinzip annimmt. Wenn Kanzler Marx im Amte bleibt, wird er mit Herriot in erfolgversprechender Weise als Tirpitz verhandeln können. Man beobachtet mit Interesse die Bemühungen Macdonalds und Herriots um eine Annäherung an Berlin und fragt sich, wie sie enden werden. Wenn diese Bemühungen der törichtesten, anmaßendsten und intolerantesten Zurückweisung begegnen, die von den deutschen Nationalisten zu erwarten ist, dann ist Deutschland zum Tode verurteilt. Wenn sie auf der anderen Seite dem ersten Bemühen eines deutschen Kanzlers zur Ausführung des Dawes-Planes begegnen, dann wird Deutschland auch da Freunde finden, wo es bisher noch keine solchen erwarten kann.

Zur Frage der Regierungsbildung in Bayern bezeichnen die „Münchener Neuesten Nachrichten“ es als feststehend, daß der bisherige Ministerpräsident Dr. v. Knilling für die Ueberrahme der neuen Regierung nicht mehr in Frage komme. Er sei überhaupt entschlossen, sich von der Politik vollständig zurückzuziehen.

Die Wunder des Dorfes.

Von Alfred Fröhlich.

Das Jügle kommt nur jeden Tag einmal, aber wenn es kommt — so um die Mittagsstunde herum — macht es einen gehörigen Krach, damit Meister Lampe weiß, daß er jetzt vom Bahndamm herunter kann, um nicht vorzeitig in die Küche eines Bauern zu kommen. Also: das Jügle stört den Frieden in einem Umkreis von drei Meilen und die Lokomotive dampft und schnaubt, als wenn sie mit allen drei Wagen direkt in die Hölle, wollte und will doch nur hübsch artig auf der Bahnstation halten, die so klein ist, daß man sie, richtig zerlegt, in einem soliden Reisekoffer gut und gerne unterbringen kann. Die Leute, die in dem Jügle sitzen, steigen aus und laufen wie ein erschauerter Hühnerlauf nach allen Richtungen auseinander. Eine Fahrkartenkontrolle gibt es nicht, die Wache beginnt.

Zwei Mühlen stehen auf einem Hügel und empfangen im saulenden Flügelstich den Wind und mahlen das Korn. Felder ringsum und vom nahen Wald herüber weht Riefendust. Die Brust atmet ihn tief ein und mit ihm den ersten Tropfen aller Wunder und Schönheiten, die für einen Großstädter ein Dorf hat. Es geht vorbei an der Kirche, an deren grauer Mauer ein paar schwarze Kreuze stehen, vom ersten Frühlingsgrün umspült. Aber dann: dann kommt „Alli“, der Dorfsteiner, herangeholt und begrüßt im Namen des Gemeindevorstandes den ankommenden Fremden. „Alli“ ist ein schwarzhaariges, vergnügtes Vieh, an dessen Erschaffung sich mehr als ein Gott beteiligt haben muß und das im übrigen beweist, daß das Bedeln eines Hundeschwanzes eine Kunst ist, die bisher von keinem Säugetier (auch vom Menschen nicht) erreicht worden ist. Neuliche Gedankengänge müssen auch den Birt vom Gasthaus „Zur Sonne“ heimgesucht haben; denn er steht aufrecht, den mit einer weißen Weste bezogenen Bauch weit vorgestreckt, in der Tür, und — wedelt mit einer Serviette. Vorbei! — vorbei an der Schmiede, aus deren Dunkel das Feuer leuchtet und vor deren Tor Schmiedegellen im schwebenden Dampfe stehen und einem Utergaul die Hufeisen anmessen. Der Schmiede folgt ein Garten und hinter dem Garten liegen die Acker. Hafer und Roggen. Ein grünes Meer, weit in die Ferne hineinziehend, den Himmelstrand betastend. Die Ferne blaut, Hügel sind hineingehoben, ein Haß hoppelt mit blendender Blume über die Furchen, seitwärts zieht ein Flügel über das Feld, die Pferde mit nickenden Häuptern, der pfeifende Bauernjunge hinterdrein. Hüh — halt . . .

Und dort, wo neben dem Hafer noch junge Saat im Boden steckt, da baumelt an einem Galgen eine tote Krähe. Ihr Leichnam soll die Lebenden verschrecken, die drüben, im Wasserbruch, pflumpig auf den Weiden hocken. Krach! Krach! — — — Tirill! Gesang in der Höhe, zu der das Auge hinausblickt und nichts sieht, als das Blau des Himmels. Aber das Herz weiß, wie alles bestellt ist, und lächelt heimlich einen Vers:

Du meinst, der Himmel singt . . .
Und Verschen sind es, die dort oben
Den Anbeginn des Frühlings loben.

Heiß dem Wasser blähen die Schwaben. Dunkelblau und weiß — fort sind sie! Ein ewiger, eigner, unsterblicher Reigen, Das sind

die Wunder des Dorfes: in den Lüften das blühende, pfeifschnelle Schwabenvolk und unten auf der Straße ein holpernder Jauchewagen, der von zwei Röhren gemächlich gezogen wird. Schritt für Schritt, Holter die Bolter, kommst du heute nicht, kommst du morgen. Und oben, als Kissen einen dampfenden Misthaufen, thront eine stramme Bauerndicke mit festen Brüsten und aufgeworbenen Lippen. Stolz. Ich grüße. Sie lächelt. Ich frage. Sie sagt „Berr!“ und antwortet: man unterscheldet Kuh und Kalb und eine Färs ist eine Kuh, die noch nicht gefalbt hat. Dankel. Vindströms Kriegserinnerungen habe ich gelesen und eine Färs ist eine Kuh, die noch nicht gefalbt hat. Jetzt ist mir alles viel klarer. Der Jauchewagen ist mit samt der Schönen von den gehörnten Juglaren um eine Ecke geguckt worden und dafür reitet ein Prinz über das Pfäster. Ein rich—t—ger Prinz!!! Das Dorf „gehörte“ einem „Ihm“. Nun ist das vorbei. Das Schloß besitzt er noch. Es ist nicht klein — es ist sehr groß. Rote Haare hat er auch. Römlich der Prinz. Neben dem Schloß und seinen roten Haaren besitzt der Prinz u. a. eine „1000jährige Eiche“, von der sein Gärtner Anflüsterer verkauft und für zwei Zigaretten erklärt, daß eine Eiche höchstens 5—600 Jahre alt wird. Wenigstens im Fledern T. . .

In den Gärten stehen die Obstbäume im weißen Schimmer. Rote Abendsonne klebt die erbrochenen Knospen. Eine Nachigall übt. Das Käuzchen schreit. Die Nacht sinkt hernieder. Am sternbesäten Himmel strahlt der Abendstern im überirdischen Glanze. Darunter die Sichel des zunehmenden Mondes. — — — Das sind die Wunder eines Dorfes. . . .

Eröffnungsklamauk.

Schon eine halbe Stunde vor Beginn der Eröffnungssitzung des neuen Reichstages erscheint in dem noch ganz leeren Saal auf der äußersten Linken als Vorbote kommender Ereignisse, als Sturmvogel, wenn man will, ein — Schwarzhemder mit der Pfeife im Mund, die er alsbald auch in Brand setzt. Rauchen im Reichstagsaal — welche fähne Feuerung! Aber ach, das Feuerzeug ging nicht und der Sturmvogel muß bürgerliche Streichhölzer benutzen, die er vorsichtigerweise auch bei sich hat. Es zeigt sich nachher, daß seine Taschen noch festsicheren Inhalt bergen, denn bei einem der ersten Klamauktakte bläst er plötzlich auf einer ganz wohlklingenden Sirene. Viel zu früh wahrscheinlich, denn es erwies sich, daß dies der musikalische Clou war — nicht die kleinste Trommel, nicht die feinsten Pauke hatten die Säumigen mitgebracht. Dies dürfte noch vorbehalten bleiben.

Unser Mann aber ist darum nicht verlegen. Die massigsten Schimpfwörter fliegen aus seiner Ecke herbei und die kunstgerechten Pfeife auf zwei Fingern scheinen gleichfalls dem Gehege seiner Zähne zu entspringen.

Die übrigen Leuchertstinken mühen verzeihen, daß uns dieser eine besonders auffiel — ihre Lichtigkeit sei darum nicht geschmälert. Und sie können ja auch noch lernen. Es fällt kein Lärmweiser vom Himmel. Scheint doch sie selbst, Friede Ruth Gohls-Fischer-Friedländer-Eisler, noch nicht ganz prinzipienfest zu sein. Denn als ihr Name „Frau Gohls“ gerufen wird, meldet sie sich zwar nicht mit dem „Hier“, das für bürgerliche und menschewistische Befenner des schosien bürgerlichen Parlamentarismus passen mag — aber sie

antwortet schlicht und ergreifend mit der Gegenfrage: „Ich heiße Ruth Fischer; aber was mach' ich mit dem Namen?“ Worauf stürmisches Händeklatschen der Wehrkameraden ertönt.

So ging's mit Grazie und Abwechslung bis zum Schlußchor der „Internationale“ und dem Sängerkrieg mit der Rechten.

Und heute wieder lustig!

Ein neues Tuberkulosemittel.

Die Kopenhagener Mitteilungen über ein neues Heilmittel gegen die Tuberkulose, das von dem Physiologen Professor Møllgaard angegeben worden ist, werden jetzt durch einige neue Einzelheiten ergänzt. Professor Møllgaard selbst schweigt nach wie vor über seine Versuche, bis sie abgeschlossen sein werden, hat aber nicht verhindern können, daß einige Einzelheiten durchgeleitet sind.

Møllgaard hat sein „Aurocidin“, wie er es nennt, auf Grund theoretischer Erwägungen ausgebaut und dabei so günstige Ergebnisse erzielt, daß es bei der klinischen Anwendung des Präparates nicht nötig war, auch nur das Geringste an der Zusammenfassung zu ändern. Schwierigkeiten bereitete anfangs nur die Dosierung. Es handelt sich um ein Goldsalz, dessen Injektion also eine starke Metallvergiftung hervorruft. Diese Vergiftung vernichtet auch den Tuberkelbazillus, ob das aber auf die Art geschieht, daß die Krankheits-erregung unmittelbar abgetötet werden, oder ob das Mittel nur ein tödliches Toxin auslöst, ist noch unbekannt. Tierversuche scheitern jedoch nur darauf zu deuten, daß der zweite Fall vorliegt.

Die klinischen Versuche sollen vollständige Heilung im Anfangsstadium und bedeutende Besserung bei vorgeschrittener Krankheit ergeben haben. Auch Fälle von Nierentuberkulose usw. sollen günstig beeinflusst worden sein. Wenn sich auch nicht alle Hoffnungen erfüllen sollten, die man in dänischen Kretzerreisen an das Mittel knüpft, so scheint es sich doch jedenfalls um ein neues, wertvolles Hilfsmittel im Kampf gegen die Tuberkulose zu handeln.

Die Wiederbevölkerung der Meere. Die beständige Abnahme der Erträge in der Fischerei ist ein schweres Problem, das in den letzten Jahren unter den verschiedensten Gesichtspunkten studiert worden ist. Erst kürzlich kamen wieder Meldungen aus England, wie außerordentlich die Zahl der Fische zurückgegangen ist, und man muß befürchten, daß es immer weniger Fische im Meer geben wird, wenn nicht die Wiederbevölkerung gelingt. Maßnahmen werden in allen Ländern Europas mit Rücksicht auf Großbritannien und Amerika ergriffen und erwogen. In gewissen Gebieten ist das Fischen wegen der Kleinheit der dort vorhandenen Fische verboten, und jede Uebertretung wird schwer bestraft. Aber trotzdem wird noch eine große Verschwendung mit den Bewohnern des Ozeans getrieben. Alljährlich werden Tausende von Tonnen Fische ans Land gebracht, die wegen ihrer Kleinheit wertlos sind, die liegen bleiben, verkauft und dann billig als Dünger verkauft werden. Würde man sich beim Fischen nur auf ausgemachte Tiere beschränken, so würde man nicht nur bessere Ware für die Fischmärkte liefern, sondern auch die Meere nicht von Tieren entblößen, die im reifen Zustande durch ihr Laichgeschäft den Vorrat an Fischen beträchtlich vermehrt hätten. Jedes Jahr werden neue Erhebungen und Statistiken über die Bevölkerung der Meeresfische gemacht.

Beim Staatsgerichtshof.

Behandlung politischer Untersuchungsgefangener.

Wie bekannt, befinden sich sowohl der Linkskommunist Maslow wie der kommunistische Parteisekretär Pfeiffer in Untersuchungshaft in Leipzig. Nun hat der Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof, Landgerichtsdirektor Vogt, die allgemeine Anweisung gegeben, daß den beiden Untersuchungsgefangenen „kommunistische Literatur“ nicht auszuhändigen sei. Unter diesem Sammelbegriff versteht er sowohl Zeitungen, wie Zeitschriften und Bücher!

Eine solche allgemeine Anweisung ist durch den Zweck der Untersuchungshaft in keiner Weise bedingt und daher unzulässig. Es handelt sich um politische Vergehen, die den verhafteten Kommunisten zur Last gelegt werden. Beide sind begreiflicherweise sehr lebhaft daran interessiert, die Verbindung mit dem politischen Leben, auch innerhalb ihrer Partei, nicht zu verlieren, um so mehr, als ja die Untersuchungshaft noch keine Verurteilung darstellt und sie in jedem Augenblick auch ihre Freilassung wieder erwärmen können, wenn sich die Unhaltbarkeit der Anklage herausstellen sollte. Für diesen Fall braucht ein jeder politisch tätige Mensch, gleichviel welcher Partei er angehört, die Möglichkeit, sich durch geeignete Lektüre auf dem Laufenden zu erhalten. Seit wann werden die politischen Gespinnstwebungen des währimischen Systems wieder eingeführt und noch dazu beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik?

In dasselbe Kapitel fällt die Art, wie man die Verteidigung der genannten Inhaftierten behandelt. Auf Anordnung des Untersuchungsrichters darf der Verteidiger mit Maslow nur in Gegenwart des Untersuchungsrichters selbst sprechen! Die vorher gegebene Anweisung, daß die Unterredung in Gegenwart eines Gefängnisbeamten stattfinden dürfe, wurde zurückgenommen, aber von der Zurücknahme der Verteidiger nicht benachrichtigt. Er erfuhr erst davon, als er im Gefängnis erschien und Rücksprache mit seinem Mandanten nehmen wollte.

Solche Beschränkungen der Verteidigung und der geistigen Tätigkeit politischer Gefangener sind um so auffälliger, als die Rechtsputschisten auch in Leipzig Vergünstigungen genossen haben, die gerichtsnotorisch sind.

Hungerstreik der Münchener Kommunisten.

München, 27. Mai. (T.M.) Die kommunistische Landtagsfraktion teilt mit: Die am Sonntag, den 25. Mai, bei einer Sitzung verhafteten Kommunisten, darunter drei Landtagsabgeordnete und zwei Reichstagsabgeordnete, haben gegen ihre Verhaftung Beschwerde erhoben. Da die Polizeidirektion die Beschwerde verzögert hat, sind sämtliche Inhaftierten mit Ausnahme von Dr. Karl Frank, der sich gegenwärtig in einem Krankheitszustand befindet, am heutigen Vormittag in den Hungerstreik getreten.

Scholem räumt auf!

R.P.D.-Zentralgericht in Halle-Merseburg.

Halle, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Bezirksparteitag der R.P.D. für den Bezirk Halle-Merseburg hat am Montag unter persönlicher Regie von Werner Scholem die gesamte bisherige Bezirksleitung und Redakteure, die dem „Sumpf“ angehörten, restlos abgejagt. Sämtliche Abgebauete werden durch neue Sterne der „linken Linken“ ersetzt. Neben dem bereits von der Zentrale disziplinierten Abgeordneten Schumann ist auch der „Klassenkampf“-Redakteur und Abgeordnete Schmitter abgesetzt worden. Man beschloß daneben Bruch mit der bisherigen Politik der Einheitsfront und der sogenannten Arbeiterrégierung, ferner Aufrihtung der Diktatur des Proletariats. Voraussetzung dazu sei die unbarmherzige Vernichtung der U.S.P.D. Bis hier ist nur der Abgeordnete und Redakteur Ailian durch rechtzeitige Flucht zur „rechten Linken“ dem Abbau entgangen.

Notungen werden vorgenommen, die Temperatur des Wassers und der Luft gemessen, und durch eine ständige Weibode der Kennzeichnung werden die Gehelmnisse der Fischwanderungen ergründet. Gewaltige Summen werden alljährlich für Bekleidungen ausgegeben, die die Fischer erhalten, die solche getrockneten Fische an die betreffenden Fischerei-Institute abliefern. Neben diesen Schuhmaßnahmen aber wird auch in großem Maßstabe, besonders in Amerika, in England und in Norwegen, die künstliche Züchtung von Fischen betrieben. Einige Monate vor der Laichzeit werden reife Fische durch besonders dafür erbaute Dampfer mit dem Schleppnetz gefangen und in große Tanks überführt. Die Eier werden in besonderen Kästen aufbewahrt. Um die Wirkung der natürlichen Bewegung des Meeres hervorzuheben, werden diese Kästen beständig in Bewegung gehalten; sie sind derartig gebaut, daß die Eier auch nach darinnen bleiben, wenn eine Strömung von Seewasser unaufhörlich hindurchfließt. Den Kästen wird auch noch Sauerstoff zugeführt, und das Wasser wird erwärmt, um die künstliche Züchtung zu sichern. Ein oder zwei Monate werden die Eier sorgfältig beobachtet, bis dann eines Tages Millionen junger Fische da sind, die ihrem natürlichen Element zur weiteren Entfaltung übergeben werden.

Die Rhön-Gegefilde. Auch in diesem Jahre werden die im vorigen Sommer mit außerordentlichem Erfolg unternommenen Rhön-Gegefilde, die in ganz Deutschland lebhaft Aufmerksamkeit erregten, fortgesetzt werden. Bekanntlich nehmen die Flugzeuge ihren Abflug von dem 950 Meter hoch gelegenen Plateau der Wassertruppe, wo ein ständiges Fliegerlager eingerichtet worden ist. Als ein Liebestand wurde bisher die unzulängliche Wegeverbindung nach dem Fliegerlager auf der Kuppe empfunden. Dem wird jetzt durch den Bau einer festen Straße, die zur Höhe hinaufführt, abgeholfen werden. Das benötigte Steinmaterial findet man an Ort und Stelle in den Basaltfelsen des Rhöngebirges, so daß die Herstellung der Straße mit verhältnismäßig wenigen Kosten verbunden ist. Steinbrecher und Dampfwalze erfüllen die Luft bereits mit ihrem Getöse; es wird mit Hochdruck gearbeitet, denn in wenigen Wochen soll die fertige Straße dem Verkehr übergeben werden.

Staatsoper. Wegen Erkrankung des Herrn Gleding wird heute statt „Walküre“ „Tosca“ und „Fidelio“ gegeben.

Die Leitung des Schlosspark-Theaters in Steglitz wurde von Direktor Eugen Robert ab 1. September d. J. dem bisherigen Leiter der Volksbühne Nordens, Otto Richter, für die nächsten Jahre übertragen.

Die Große Berliner Kunstausstellung wird am 31. Mai mittags eröffnet werden.

Neue Funde aus dem Königsgrabe Tutanchamons. Am 5. Juni, abends 8 Uhr, wird Dr. Wolf vom Geologischen Museum im Auditorium maximum der Universität einen Vortrag mit Abbildungen über „Neue Funde aus dem neuentdeckten Königsgrabe Tutanchamons“ halten. Eintrittsgeld 50 Pf., für Studierende und Schüler 25 Pf. Karten an der Abendkasse.

Der 1. Internationale sozialökonomische Kongress findet Ende September in Buenos Aires statt, um die gesamten sozialökonomischen Fragen der Welt zum Austausch ihrer Erfahrungen und zur Organisation ihrer Zusammenarbeit zu veranlassen. Die Arbeitsgebiete des Kongresses sind: Sozialökonomie, Arbeiterfragen, soziale Hygiene, Unterricht, Agrarfragen, Sozialpolitik. — Abends beim Deutsch-Argentinischen Zentralverband, Berlin W 18, Kurfürstendamm 200.

Brandels Geständnis.

Claf als Urheber und Geldgeber des Attentats beschuldigt.

Nach der Vernehmung Dr. Brandels wurde gestern die Beweisnahme eröffnet. Es erfolgte die Verlesung der Aussagen Thormanns und Brandels vor dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Dr. Rothmann.

Außerordentlich bekräftigend für den Angeklagten Dr. Brandel war dagegen die Verlesung seiner ersten Aussagen und die anschließende Vernehmung des Untersuchungsrichters. Dr. Brandel gab am 21. Januar folgendes zu Protokoll:

„Ich gebe zu, an einer Mordverabredung gegen den General von Seekt teilgenommen zu haben.“

Ueber den Plan habe ich von Oktober bis Januar mit Herrn Justizrat Claf verschiedentlich verhandelt.

Ich gehöre keiner Partei an, war aber in der nationalen Bewegung tätig und kenne alle bedeutenden nationalen Führer. Ich stehe auf einem nationalen politischen Standpunkt und habe zahlreiche Verbindungen. Claf habe ich im Mai 1923 in Hamm auf einer Sitzung kennengelernt.

Der Plan der Ermordung des Herrn von Seekt ist im Oktober 1923 von Claf in seiner Wohnung in der Rauchstraße mir dargestellt worden.

Claf hat dabei Seekt als Schädling bezeichnet, der das Emporkommen Deutschlands verhindere, den die Schuld an der Vernachlässigung der Wehrmacht treffe, der die Abwehr des Einfalles der Franzosen ins Ruhrgebiet hintertrieben habe und der ein Börsenspekulant und Schlemmer sei. Er habe Claf erklärt, er werde gegen rechts schreiten lassen bis zur letzten Patrone.

Die Ermordung Seekts sei nur ein Teil eines großen politischen Planes mit dem Endziel der Errichtung der nationalen Diktatur.

Die Umwälzung sollte sich im übrigen unblutig vollziehen. An Stelle Seekts solle sein jetziger Stellvertreter, General Behrend, treten. Claf wolle im Auftrage Beloms die politische Leitung übernehmen. Mit der Diktatur selbst solle General von Belom beauftragt werden. Claf habe ihm gesagt, er habe auch andere Personen hierfür in Bewegung gesetzt, er, Brandel, sei nicht der einzige.

Die Namen Ludendorff und Ehrhardt hat Claf nicht genannt, dagegen sagt er, daß er im Verabredung siehe mit dem General von Möhl in Kassel und dem General von Lossow in München, sowie mit Herrn von Kahr. Mit letzteren beiden beständen feste Verabredungen. Diese Verabredungen seien maßgebend gewesen für das Verhalten Herrn von Kahr und von Lossows beim Hitler-Putsch.

Er habe seinerseits Thormann für die Ausführung der Tat in Aussicht genommen. Thormann habe gesagt, daß er zur Ausführung der Tat bereit sei, aber auch andere beteiligen wolle. Claf habe im Januar zur Ausführung der Tat gedrängt. Er habe ihn beauftragt, die Vorbereitungen für die Ermordung des Generals von Seekt zu treffen und habe ihm für diesen Plan Geldmittel in Höhe von 50000 Goldmark in Aussicht gestellt und habe dann 2000 Goldmark gegeben und weitere 14000 Goldmark versprochen, sobald sie benötigt werden. Claf habe ihm dann 50000 Goldmark für die Mutter des Schuhmacher (Dachname für Köpfe) versprochen. Herrn von Lettenborn habe er nicht kennengelernt, lediglich den Schuhmacher (Köpfe). Er mißbilligt sehr die Vorbereitung der Tat. Die anderen, die um diesen Plan gewußt haben, haben sich feige und untreu benommen; feige, weil sie andere vor sich, untreu, weil sie ihn im Stich gelassen haben.“

Die Zeugenvernehmung.

Als erster Zeuge wurde dann Landgerichtsrat Dr. Rothmann vernommen. Er äußerte sich zunächst über die Art und Weise, wie Thormanns Geständnis verfaßt sei und führte aus: Ich habe gleich nach der Verhaftung des Thormann gefragt, wie denn das Attentat ausgefallen sei. Er erklärte, daß er über den Ausgang der Sache nichts sagen könne. Der Angeklagte hat damals kein Sterbenswörtchen davon erzählt, daß die ganze Sache etwa eine Spitzelaffäre sei. Erst acht Tage später, nachdem er sich diese Beweisführung zurechtgelegt, behauptete er nunmehr, er

sei das Opfer von Lockspäheln geworden und gebe zu, daß er bei der Sache der Betroffene sei. Er hat mir gegenüber auch nicht gelugnet, an dem Komplott gegen General v. Seekt teilgenommen zu haben. — R.-A. Dr. B. D. Es ist doch aber wohl richtig, daß der Angeklagte Thormann schon bei seiner ersten Vernehmung vor der Unterschrift erklärte, daß er sich zu der Angelegenheit noch weiter äußern müsse? — Zeuge: Nein. Nach meiner Erinnerung hat er das nicht getan. — R.-A. Dr. S. a. d.: Der Angeklagte Thormann behauptet, das Sie, Herr Zeuge, ihn nicht haben im Zusammenhang erzählen lassen, sondern daß Sie ihn immer nur Fragen gestellt haben. Haben Sie die für die Beweisführung so wichtige Unterhaltung zwischen Thormann, Lettenborn und Köpfe in der Benderstraße und im Tiergarten näher behandelt? — Zeuge: Das nicht. Ich habe Thormann auch nicht immer ausreden lassen, weil er sonst stundenlang über ganz fernliegende Dinge gesprochen hätte. Ueberhaupt war ja ein sehr starker Gegensatz zwischen Thormann und Brandel vorhanden, da Dr. Brandel sehr viel besser imstande war, die Dinge klar und übersichtlich vorzutragen. Es bedurfte bei seiner Vernehmung fast keiner Nachhilfe meinerseits. Ich erinnere mich noch, daß Dr. Brandel mir einleitend folgende Worte sagte: „Sie haben an mir einen guten Fang gemacht. Ich werde böse Dinge zu enthüllen haben und vielleicht bedauern Sie es schon in kurzer Zeit, Ihre Hand in diese Sache gesteckt zu haben.“ Anfangs nahm ich diese Worte nicht ernst. Aber ich gewann sehr schnell den Eindruck, daß Dr. Brandel ganz genau wußte, was er sagte, obwohl er am ersten Tage einen deprimierten und auch zaghaften Eindruck machte. — Justizrat Hahn: Haben Sie Dr. Brandel nicht auch bei seinen Aussagen weinen sehen? — Zeuge Dr. Rothmann: Das war der Fall, als Brandel am nächsten Tage Herrn Justizrat Claf gegenüber ausgesagt wurde. Da war der Angeklagte Brandel allerdings ganz allein, er ging weinend auf Claf zu und bat ihn um Verzeihung. — Justizrat Hahn: Ich möchte hier öffentlich feststellen, daß Dr. Brandel sein erstes Geständnis bereits zwei Tage später widerrufen hatte, als ich seine Verteidigung übernahm. — R.-A. Dr. S. a. d.: Haben Sie, Herr Zeuge, die Aussagen Dr. Brandels, namentlich soweit sie die Beschuldigungen gegen Dr. Claf betreffen, nun für bare Münze genommen, oder sind Ihnen nicht auch Bedenken gekommen und haben Sie vielleicht mit einer Reichsstelle über dieses Geständnis Brandels gesprochen? — Zeuge: Ich habe in der Tat an manchen Stellen der Brandelschen Aussage Zweifel gehabt und es war mir namentlich unwahrscheinlich, daß Justizrat Claf dem Dr. Brandel schon im Oktober einen Auftrag zur Ermordung des Generals v. Seekt gegeben haben soll und daß er sich dann solange hat hinziehen lassen. Ich habe in der Tat mit einer amtlichen Stelle sofort nach dem Geständnis mich darüber telephonisch unterhalten. — R.-A. Dr. S. a. d.: Und hat der Vertreter dieser amtlichen Stelle Ihnen nicht sofort gesagt, daß er dieses Geständnis nicht glaube? — Zeuge (nach längerem Überlegen): Allerdings. — Vors.: Welche amtliche Stelle ist denn das gewesen? — Zeuge Dr. Rothmann: Es war Oberregierungsrat Mühleisen und Oberregierungsrat Weiß, der Leiter der Politischen Polizei. — Staatsanwaltschaftsrat Burchardi: Haben andere amtliche Stellen nicht aber die gegenteilige Auffassung vertreten? — Zeuge: Auch das. Oberregierungsrat Mühleisen vom Reichskommissariat für die öffentliche Ordnung war allerdings anderer Meinung. Ich möchte übrigens noch hinzufügen, daß Dr. Brandel auch mir gegenüber erklärt hat, er habe einen Hang zur Selbstbezüglichkeit und ich habe daraufhin ihm geholfen, das Protokoll zu formulieren. Brandel äußerte, er habe unter einem unerklärlichen Zwang, der es ihm nicht möglich mache, sich zu verteidigen. — R.-A. Dr. S. a. d.: Ist Ihnen bekannt, daß zwischen Oberregierungsrat Mühleisen und Oberregierungsrat Weiß, nachdem Sie beide Herren angeläutet hatten, eine telephonische Unterredung geführt worden ist und können Sie über das Ergebnis dieser dreieckigen Verbindung etwas Genaueres sagen? — Zeuge: Nein.

Nachdem zum Schluß noch Rechtsanwalt Dr. Sod den Antrag gestellt hatte, festzustellen, ob Oberregierungsrat Mühleisen als Vertreter des Reichskommissars von seiner Behörde die Genehmigung zur vollen Aussage erhalten habe, wurde die Verhandlung auf Mittwoch morgen 8 1/2 Uhr vertagt.

Herriot gegen die Deutschnationalen.

London, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Herriot hat einem Vertreter des „Daily Chronicle“ eine Unterredung gewährt, in der er erklärte, er sei bereit, mit jeder deutschen Partei zu verhandeln, außer den Nationalisten, wenn Deutschland guten Willen bezeuge und verstehe, daß jede Hinneigung der deutschen Regierung nach rechts ihm die Aufgabe sehr erschweren müsse, die deutsch-französische Versöhnung zu bewerkstelligen.

Der „Temps“ für gegenseitiges Entgegenkommen.

Paris, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die am Montag von den bisherigen deutschen Regierungsparteien veröffentlichte Erklärung zum Programm der Sachverständigen veranlaßt den „Temps“ zu der Erklärung, man müsse unterscheiden zwischen der technischen und der politischen Seite des Problems. Das technische Programm sei von den Sachverständigen festgelegt worden. Es werde von Frankreich in seiner Gesamtheit angenommen, und es sei zu hoffen, daß auch Deutschland sich eine Regierung geben werde, die es sich vorbehaltlos zu eigen mache. Die am Montag von den Regierungsparteien gestellten Bedingungen sollten wohl in erster Linie dem Zweck dienen, in Deutschland eine politische Atmosphäre zu schaffen, die der Mehrheit die Annahme des Sachverständigenprogramms ermögliche. Das sei befristet, aber eine einseitige den deutschen Bedürfnissen Rechnung tragende Lösung der politischen Seite der Situation. Um auf beiden Seiten den nötigen guten Willen zu schaffen, bedürfe es der Gegenseitigkeit. In Frankreich müsse man begreifen, daß Deutschland, um das Sachverständigenprogramm durchführen zu können, gewisse Genugtuungen patriotischer Art erhalten müsse. Auf deutscher Seite aber müsse man endlich verstehen, daß Frankreich, um seine jetzige Position allmählich abzubauen zu können, unbedingt solche Garantien und vor allem die Sicherheit haben müsse, die ihm bisher noch fehle; die Sicherheit, daß es die Summe, die der deutsche Steuerzahler nach dem Plan der Sachverständigen für die Reparationen zu zahlen habe, auch wirklich erhalte. Man müsse deshalb endlich aufhören, sich über die Bedingungen zu streiten und statt dessen nach einer Regelung suchen, die beiden Seiten gerecht werde.

Paris, 27. Mai. (S.P.) Zu der gestern veröffentlichten Erklärung der bisherigen Regierungsparteien in Deutschland zur außenpolitischen Lage schreibt „Journal des Débats“: Die im Kabinett Marx vertretenen Parteien erleichterten dem Reichspräsidenten seine Aufgabe, indem sie sich öffentlich in ihren gestrigen Konferenzen einstimmt zu der angenommenen Entschlieung bekamen, daß sie den Sachverständigenbericht annehmen, ohne Vorbehalte auszusprechen. Es werde Sache der neuen französischen Regierung sein, die Logen still zu klären. Im allgemeinen verlange die große Mehrheit (Rein!) die Einstimmigkeit. Red. d. „S.“ des deutschen Volkes die Freiheit der Ruhr und Rückkehr zu normalen Zuständen.

Die Konservativen gegen Tom Shaw.

Macdonald will die Vertrauensfrage stellen.

London, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Einseitigkeit der Konservativen Partei sind eifrig am Werke, für die Donnerstagssitzung des Unterhauses alle konservativen Stimmen zu sichern. In dieser Sitzung wird der konservative Antrag auf Kürzung des Gehalts des Arbeitsministers Tom Shaw, der bereits in der letzten Woche im Unterhaus zur Debatte kam, von den Konservativen wieder vorgebracht werden. Die konservative Partei hofft, diesmal bei der Abstimmung über den genannten Antrag die Regierung in die Minderheit zu bringen. Ministerpräsident Macdonald hat die Absicht geäußert, mit Bezug auf diesen Antrag die Vertrauensfrage zu stellen. Sollte die Regierung tatsächlich geschlagen werden, so wird sie entweder zurücktreten, oder aber den König zur Auflösung des Parlamentes veranlassen. Was die Haltung der Liberalen anbetrifft, so wird über sie erst das Ergebnis einer Konferenz Auskunft geben können, die von den Liberalen Führern angefaßt der ersten Lage für Mittwoch einberufen wurde. In Kreisen der Liberalen Partei ist man überwiegend der Auffassung, daß die Partei für die Regierung stimmen müsse, um so mehr, als die Regierungsmehrheit am letzten Donnerstag bei der Abstimmung über den genannten Antrag lediglich 34 betragen hat. Es macht sich jedoch auch unter der Opposition Macdonalds bereits einige Opposition bemerkbar. So verurteilen z. B. die schottischen Radikalen leidenschaftlich die Maßnahmen der Regierung mit Bezug auf das Arbeitslosenproblem, die sie für vollkommen unzureichend halten. Sie fordern eine sofortige Aktion oder irgendeine konkrete Maßnahme, die die größten Schwierigkeiten in den großen Industriegebieten beseitigen soll.

Der deutsch-russische Konflikt.

Moskau, 27. Mai. (Eigener Bericht.) Auf dem kommunistischen Parteitag hielt Krasin eine große Rede über den deutsch-russischen Konflikt. Er warnte vor einer Unterschätzung seiner wahren Tragweite, es handle sich keineswegs um eine Episode, der Konflikt könne leicht monatelang dauern. Von der deutschen Regierung würde lediglich die Einhaltung der internationalen Gebräuche verlangt werden. Die Exterritorialität der Handelsvertretungen sei bei dem bestehenden Außenhandelsmonopol eine Voraussetzung für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Weder die Handelsbeziehungen noch Verhandlungen über den Handelsvertrag und andere Abkommen würden wieder aufgenommen werden, ehe die vertraglich festgelegten Rechte der Sowjetunion nicht garantiert seien. Krasin schloß seine Ausführungen: Wir kennen die wahren Motive des Bolschewerks nicht, doch hat zweifellos der Wunsch mitspielt, Frankreichs Gunst zu erwerben (!) Zugeständnisse von Rußland sind ausgeschlossen, die Sowjetunion hat schon in gefährlicheren und ernstern Konflikten den Sieg davongetragen.

Gewerkschaftsbewegung

Einspruch gegen die Befoldungsneuregelung.

Die Beamten-Epigenorganisationen, und zwar der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, der Deutsche Beamtenbund, der Gesamtverband deutscher Beamtenvereine und der Gewerkschaftsring, haben gestern bei den Fraktionen des Reichstags gegen die von der Reichsregierung vorgenommene Befoldungsneuregelung scharfen Einspruch erhoben. Begründet wird der Einspruch nicht nur mit der Unzulänglichkeit der Aufbesserungen, sondern namentlich auch mit deren völlig unsozialer Gestaltung. Die Epigenorganisationen erlauben die Fraktionen, anstelle der von der Regierung vorgenommenen Regelung eine Neuregelung zu setzen, welche die aufzuwendenden Mittel zur Sicherung der Lebensmöglichkeiten aller Beamten verwendet. Den Darlegungen haben sich die Organisationen der Reichsangestellten vollinhaltlich angeschlossen. In der Eingabe heißt es:

Alle Möglichkeiten, die unzureichende Befoldung noch weiter zu ertragen, sind erschöpft. Selbst unentbehrlicher Hausrat ist veräußert. Die Ernährung ist auf ein unerträgliches Maß beschränkt. Bei spärlicher Wirtschaftsführung reichen die Bezüge in den unteren Gruppen nicht für das nackte Leben. Die Befoldungsaufbesserung vom 1. April 1924 brachte keine fühlbare Erleichterung. Im Monat Mai steigerte sich die Not zur Katastrophe und in einem einzigen Hilferuf wandte sich die Beamtenschaft an die Reichsregierung, die das Recht und die Pflicht hat, der wirtschaftlich zusammengebrochenen Beamtenschaft die Lebensmöglichkeit wiederzugeben.

Statt dessen erkennt die Reichsregierung nur für die höheren Befoldungsgruppen die Notwendigkeit einer fühlbaren Aufbesserung an. Sie gewährt z. B. der Befoldungsgruppe XIII eine Erhöhung des Grundgehaltes um 71 Proz. oder monatlich 332,50 M. mehr. Den Beamten der Befoldungsgruppe II und III billigt sie dagegen nur 17 Proz. Erhöhung des Grundgehaltes zu. Diese Beamten erhalten demnach nur Mehrbeträge von 14,50 M. bis 16 M. monatlich. Im besetzten Gebiet beträgt die Erhöhung infolge der gleichzeitigen Herabsetzung der örtlichen Sonderzulage nur 9 M. bis 10,20 M. im Monat für die beiden vorgenannten Befoldungsgruppen. Die Beamten in diesen Stufen würden daher erst in einem Zeitraum von ungefähr drei Jahren den Betrag als Erhöhung erhalten, den die Regierung für die Beamten der Befoldungsgruppe XIII als Mindestherabsetzung in einem Monat für erforderlich erachtet. In den Verhandlungen im Reichsfinanzministerium wurde bereits von den Beamtenepigenorganisationen auf die unausbleibliche und jetzt bereits eingetretene Empörung der Beamten in den besetzten Gebieten hingewiesen, die die wiederholte Herabsetzung der örtlichen Sonderzulage auszusöhnen geeignet ist. Diese Herabsetzung ist nach der Auffassung der unterzeichneten Epigenorganisationen politisch denkbar unflugs.

Die Beamten in den niederen Gehaltsgruppen waren auch in Friedenszeiten nur kärglich besoldet. Dabei reichte die Besoldung bei diesen nur zur Befriedigung der dringendsten Lebensbedürfnisse. Der Fortdauer der jetzigen Einschränkung sind jedoch zeitlich Grenzen gesetzt und es ist unmöglich, den Entbehrungsfaktor für die Beamten in den niederen Befoldungsgruppen in demselben Maße oder gar noch stärker zu steigern, wie bei den Beamten der höheren Befoldungsgruppen. Das Friedensgehalt als Maßstab zu nehmen, erscheint außerdem in einem Zeitpunkt, wo die gesamte Lebenshaltung noch keineswegs auf den Friedensstand abgestellt werden kann, höchst anfechtbar.

Diese Tatsache hat die Reichsregierung bei dieser Befoldungsregelung nicht beachtet. Sie will z. B. den Beamten in den unteren und mittleren Befoldungsgruppen noch nicht einmal den gleichen Hundertbruch des Friedensgehaltes für ihre Leistung zubilligen, wie den oberen Befoldungsgruppen.

Der neue Buchdruckertarif.

Der Manteltarif sowie der Lohnvertrag für das deutsche Buchdruckerverbande laufen am 31. Mai ab. Von einer allgemeinen Revision des gesamten Tarifvertrages wurde bei den nun beendigten Verhandlungen infolge der zurzeit noch schwankenden Wirtschaftslage Abstand genommen. Beide Tarifparteien beschränkten sich bei der Antragstellung auf die wichtigsten grundsätzlichen und materiellen Fragen. Die Erledigung dieser Anträge gestaltete sich aber teilweise so kompliziert und außerordentlich schwierig, daß es einer zehntägigen angestrengten Verhandlung bedurfte, ehe eine Verständigung erzielt werden konnte. — Die Unternehmervertreter machten alle Anstrengungen, vor allen Dingen die 53 stündige Arbeitswoche im Tarif zu verankern und die Spanne zwischen den einzelnen Lohnklassen noch bedeutend zu erhöhen. Der Wochenlohn sollte durch den Stundenlohn ersetzt werden. Die Ferienfrage und andere Bestimmungen sollten eine recht erhebliche Verschlechterung erfahren. Die Arbeitervertreter lehnten diesen Anträgen ein entschiedenes Nein entgegen, und es gelang, die Verschlechterungsanträge nicht nur abzuwehren, sondern in manchen Punkten ganz nennenswerte — wenn auch im allgemeinen nicht befriedigende Verbesserungen gegenüber dem bisher geltenden Zustand durchzusetzen.

Von den wichtigsten Bestimmungen sei zunächst das neue Arbeitszeitabkommen erwähnt, das folgenden Wortlaut hat:

Die wöchentliche tarifliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden.

Weißer Zähne

erzielen Sie schon durch 1-2 maliges Wischen mit der herrl. erfrischend schmeckenden Zahnpaste **Chlorodont**. Gegen üblichen Mundgeruch wird auch mit Erfolg **Chlorodont**-Mundwasser verwendet.

Je nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Betriebes können für Betriebe oder für einzelne Betriebsabteilungen vom Arbeitgeber nach Rücksprache mit der gesetzlichen Betriebsvertretung Mehrstunden bis zur Höchstdauer von wöchentlich 5 Stunden, für Maschinenfahrer 3 Stunden angeordnet werden.

Diese Mehrstunden sind für jede Stunde mit dem 48. Teil des Wochenlohns zuzüglich eines Aufschlags von 12 1/2 Proz. zu bezahlen. Für die darüber hinausgehende Arbeitszeit ist der tarifliche Ueberstundenzuschlag zu zahlen. (Bei der Feiertags- und Ferienbezahlung werden die Mehrstunden nicht berücksichtigt.)

Schichtarbeiter erhalten für die außerhalb der üblichen Tagesarbeitszeit liegenden Arbeitsstunden folgende Zuschläge auf den Stundenverdienst: von 6 bzw. 7-9 Uhr abends 15 Proz., von 9-11 Uhr 25 Proz., von 11-2 Uhr 30 Proz., und von 2-6 bzw. 7 Uhr morgens 40 Proz. (§ 3, Ziff. 4). Für durchgehende Arbeits-

Der Hunger in den Bergarbeiterhütten

Ist der beste Bundesgenosse der Zeichenbesitzer. Ihn bekämpfen ist nicht nur die Pflicht der Solidarität, sondern ganz einfach

Die Pflicht der Menschlichkeit.

Spenden können übermittelt werden an das Reichsbank-Giro-Konto der „Deutschen Kapitalverwertungsgesellschaft“ oder auf Postcheckkonto Nr. 149168, Berlin, der „Deutschen Kapitalverwertungsgesellschaft“ oder Postcheckkonto Nr. 7930, Berlin, Hermann Kube.

Seht für die Bergarbeiter!

zeiten, die zwischen vorm. 11 und 1 1/2 Uhr beginnen, werden wöchentlich außerdem 1 1/2 Lohnstunden vergütet.

Für die Errechnung der Löhne gilt folgende Grundlage: Verheiratete Gehilfen der Klasse B (21-24 Jahre) erhalten 6 Proz., verheiratete Gehilfen der Klasse A (bis 21 Jahre) erhalten 15 Proz., und Ausgelernte (im 1. Gehilfenjahr) erhalten 30 Proz. weniger als der Tariflohn für die verheirateten Gehilfen der Klasse C beträgt. Ledige erhalten 6 Proz. weniger als die Verheirateten ihrer Altersklasse. — Die Bezahlung für regelmäßige Sonntagsarbeit ist auf 80 Proz. und für Arbeit am 1. und 2. Oster-, Pfingst- oder Weihnachtstags auf 125 Proz. erhöht worden. Ferner ist eine halbe, in Gemeinden mit mehr als 25 000 Einwohnern eine ganze Sonntagsstunde als Grundentschädigung zu zahlen.

§ 7 erhält als Ziff. 5 folgende neue Fassung: Bei Dienstverhinderung infolge Betriebsunfall im Sinne der R.B.O. wird dem mindestens 6 Monate im Betriebe tätigen Gehilfen der Unterschied zwischen dem Krankentagegeld und dem Tariflohn seiner Altersklasse auf die Dauer von 4 Wochen gewährt.

Ueberstunden werden mit 25, 45 bzw. 60 Proz. Aufschlag entlohnt. (Die Vermeidung von Ueberstunden ist anzustreben durch Einstellung von Arbeitslosen oder durch Einsetzung von Schichten nach Maßgabe der betrieblichen und technischen Möglichkeiten.)

Im § 8, Ziff. 4 u. 8 wird die festgesetzte Entschädigung von 10 Proz. auf 1/2 Lohnstunde erhöht.

Für Maschinenfahrer wird der bisherige Aufschlag von 7 1/2 auf 15 Proz. erhöht.

Die Sonderbestimmungen für Drucker lauten im § 17: Im allgemeinen soll der Drucker nicht mehr als eine Schnellpresse oder zwei Tiegeldruckpressen bedienen. Bei einfachen Arbeiten und Arbeiten in größerer Auflage, die eine andauernde Beaufsichtigung nicht erfordern, kann der Drucker auch zu anderen ihm zustehenden Arbeiten herangezogen werden.

Der Epigenlohn beträgt ab 31. Mai wöchentlich 33,60 M., gleich 70 Pf. Stundenlohn. Für Berlin gelten danach folgende Mindestlohnätze: Klasse C, verh. 33,60, ledig 31,58; Klasse B verh. 31,58, ledig 29,59; Klasse A verh. 28,56, ledig 26,86; Ausgelernte 23,52 M.

Die Lohnvereinbarung gilt bis 1. August. Wird sie nicht 3 Wochen vor Ablauf gekündigt, so verlängert sie sich automatisch um 4 Wochen mit der gleichen Kündigungsfrist. — Manteltarif einschließlich Arbeitszeitabkommen laufen bis 31. Januar 1925. Wird nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt, so tritt Verlängerung um 3 Monate ein.

Wie „Unterstützungen“ verteilt werden.

Von der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft wird uns geschrieben:

Aus einer dringlichen Eingabe der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft an das Reichspostministerium vom 22. Mai 1924 erfährt man recht erbauliche Tatsachen. Der einigen Tagen ist bei der Oberpostdirektion Berlin eine Ausschüttung von Beiträgen vorgenommen worden, die in neun Tagen verteilt sein sollten. Aus Titel 10 (Notstandsbeihilfen) waren der Oberpostdirektion 30 000 M., aus Titel 38 (Unterstützungen) 49 000 M. überwiesen worden. Von den letzteren wurde den Verkehrsanstalten des Bezirks überhaupt nicht Kenntnis gegeben, sondern nur zur Verteilung der Notstandsbeihilfen wurden Vorschläge eingefordert.

Für die Verteilung dieser Notstandsbeihilfen besteht die Vorschrift, daß bis zu 60 Proz. der belegten Ausgaben Beihilfen gewährt werden können. Die Anweisung an die Verkehrsanstalten, Besuche um Notstandsbeihilfen bei der O.P.D. vorzulegen, geschah in so kurzer Fristsetzung (1 Tag), daß es den Verkehrsanstalten in der Mehrzahl der Fälle nicht möglich war, die wirklich notleidenden Beamten auf diese fürsorgende Maßnahme hinzuweisen, noch dazu, als besonders die nachträgliche Beibringung von Belegen verlangt wurde.

Die Folge davon war, daß von 38 000 Beamten im Bezirk nur 1405 Besuche = 3 Proz. berücksichtigt werden konnten, während auf der O.P.D. 396 Besuche Genehmigung fanden, von den im Hause der O.P.D. Ausrüstendamm Dienst verrichtenden Beamten also so ziemlich jeder dort Beschäftigte Gelder erhielt. Und noch dazu so, daß — da es sich bei den Geldern der O.P.D. in der Hauptsache um Unterstufungen aus Titel 38 handelte — die O.P.D.-Beamten diese Mittel überwiegend ohne Belege erhielten, während die Beamten der Verkehrsanstalten fast sämtlich noch verpflichtet wurden, Belege beizubringen.

Es ist klar, daß diese Verwendung von Mitteln glattweg auf einen Mißbrauch amtlicher Gelder hinausläuft. Und es ist ebenso klar, daß — nachdem diese Dinge auf den Verkehrsanstalten Groß-Berlins bekannt wurden — die Empörung unter den Beamten über diese den Absichten des R.P.M. widerstrebende Regelung ungeheuer anwuchs. Es ist vom sozialen Standpunkt unbegreiflich und unerzwecklich, wenn Beamte der Befoldungsgruppe X und XI — um nur diese anzuführen — auf eine solche eigenartige Weise um eine „Unterstützung“ einkommen und ihnen die auch in Höhe von 150 Mark gewährt wird, während die auf den Beamten des Bezirks beschäftigten Arbeitsbeamten der Deutschen Reichspost, die nicht über so gute „Informationen“ verfügen — beispielsweise ein Postkassierer mit 2 Kindern — noch nicht einmal so viel Gehalt im Monat verdienen, als dort als „Unterstützung“ gezahlt worden ist.

Hervorzuheben verdient noch, daß trotz der Notwendigkeit, eine gerechte Verteilung mit Hilfe des Bezirksbeamtenausschusses zu versuchen, von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht worden ist.

Die Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft beantragte daher: 1. eine Nachprüfung der vorgelegten Unterstützungsbesuche vorzunehmen; 2. unberechtigterweise als „Unterstützung“ bezeichnete Besuche namentlich von Beamten der Befoldungsgruppen X—XI unter Rückforderung der gezahlten Beträge zurückzugeben; 3. bei den vorzunehmenden Nachprüfungen ein Gewerkschaftsmitglied hinzuziehen und 4. in Zukunft die O.P.D.en anzuweisen, in Fällen derartiger Bereitstellung außergewöhnlicher Mittel die Bezirksausschüsse zur Mitwirkung heranzuziehen.

Die Eisenformer zur Ausschussfrage.

Eine öffentliche Branchenversammlung sämtlicher Eisenformer und Berufsgenossen nahm gestern Stellung zum Angebot der Unternehmer bezüglich der Bezahlung des Ausschusses. Die Vorschläge der Unternehmer vom 6. Mai: „Oberster Grundlag bei der Bezahlung von Ausschuss und fehlerhaften Gußstücken ist, daß der Former für das Ergebnis seiner Arbeit voll verantwortlich ist; Ausschuss und fehlerhafte Gußstücke fallen daher ohne Prüfung der Schuldfrage aus der Kalkulation heraus“, wurden von der Verhandlungskommission abgelehnt. Die Versammlung billigte die Stellungnahme der Arbeitnehmervertreter und nahm den weiteren Vorschlag der Unternehmer an, die Ausschussfrage bezüglich zu regeln. Die Berliner Eisenformer werden dafür sorgen, daß für sie günstigere Richtlinien als die bisherigen festgelegt werden.

Eisenbahnkonflikt in München.

München, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Gesamteisenbahnpersonal der Station München hat in einer Urabstimmung die Einführung der neuen Dienstvorschriften mit einer Mehrheit von 87 Proz. abgelehnt. Eine Betriebsversammlung beschloß einstimmig auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses, daß die beiden Organisationen, Deutscher Eisenbahnerverband und Bayerischer Eisenbahnerverband (driftlich), die nötigen Maßnahmen gemeinsam zu treffen haben.

Lohnabbau in Holland.

Rotterdam, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die holländische Regierung hat den Lohn- und Gehaltsabbau für alle Staatsbeamten und -angestellten um 10 Proz. verordnet.

Wetterbericht für Berlin und Umgegend. Heutige Wetter und trocken, ziemlich warm bei schwachen, vorherrschend östlichen Winden.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Artur Guterms; Gewerkschaftsbewegung: Erich Geyer; Familien: Dr. John Schillemist, Solinas und Gombig; Zeit Nachrichten: Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Normdruck-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G. B. 68., Lindenstraße 3, Stern 2 Heilagen.



Cavalin an Sommertagen schafft unendliches Behagen.

Der Streupuder gegen Schweiß und dessen Wirkungen. — Für Sport und Wanderung.

SALAMANDER

SALAMANDER ZUM ARBEIT
SALAMANDER ZUM FEST!

SALAMANDER-MARKE

Genie oder Betrüger?

Ein notwendiges Schlüsselwort zum U-Stromerzeuger-Prozess.

„Ingenieur Freiherr v. Unruh“ war weder Ingenieur noch Freiherr. Seinen leibhaftigen drahtlosen Stromerzeuger bezeichneten die einen Sachverständigen mit größter Entschiedenheit, die anderen nur unsicher und zögernd, als „Klapp-Apparat“. Dieser Klapp-Apparat soll aber, allen physikalischen Gesetzen zum Trotz, auch während des Klapp-Busses, als alle Räder stillstanden, vor treffliche Streikbrecherdienste geleistet und viele tausend Kerzen Licht gespendet haben; er soll auch im Zimmer seines Gebietes und Tausendfüßlers eingeschlossen, selbst während dessen tagelanger Abwesenheit seine so lichtvollen Eigenschaften beibehalten haben, soll durch Boden und Keller von Menschenhänden getragen, das tiefste Dunkel in strahlendstes Hell verwandelt haben. „Ein Trid“, schmunzelt einer der Zeugen, „hab auch solch einen Apparat gebaut.“

Loftertermin:

Raum des Apparats ansichtig, entdeckt das Späherauge des genialen Mannes den Draht, der zur elektrischen Anlage führt. Die Sachverständigen meinen: Auf diese Weise könnte jeder Sachverständige, also auch sie, getuschelt werden. Betrug, weitem zögernd die Herren vom Fache. „Beschränkter Menschenverstand“, parocirt Herr Unruh. „Der Adlerflug meines Erfindergenies ist es gewesen. Hat nicht das Radio die Welt erobert, ist nicht drahtlose Photographie Tafel, sind nicht selbst Strahlen erfunden, die in höchster Höhe Flugapparate zu entzünden imstande sind? Hat man sich das je träumen lassen. Nur noch ein kleines Wackeln: da werden Menschen mit Hilfe von Fügeln durch die Lüfte schwirren, Küsse und Zärtlichkeiten drahtlos ausgetauscht werden. Allerdings: ein kleiner Unterschied besteht doch zwischen dem „Ingenieur Freiherr v. Unruh“ und sonstigen Erfindern, die nicht auf die Anklagebank kamen. Die fanden Geldgeber, meldeten Patente an, erhielten sie, machten ihre Erfindung zum Eigentum des ganzen Volkes und der gesamten Menschheit. Herr Unruh fand auch Geldgeber, gründete Konzerne auf Konzerne, meldete Patente in 50 Staaten an, erhielt solche im ganzen Jahr, nur nicht in Deutschland. Zwar überzeugete sich der Patentanwalt von der Wirklichkeit der Erfindung, der Sachverständige des Patentamtes aber belam den Apparat nicht zu Gesicht.

Die Sachverständigen.

Herr Unruh leidet überhaupt an einer Sachverständigenphobie. Alle sind Kalanten, gedenkt ihm sein Geheimnis ab und bringen ihm um den Erfolg seiner Erfindung. Er kann es nicht der Öffentlichkeit preisgeben, selbst wenn ihm das Jahre Gefängnis kosten sollte. Das Geheimnis ist in dreizehn Heften niedergelegt, er kann sie aber nicht herausgeben. Die Unglückszahl 13! Sie wird noch am Ende unheilbringend für den Angeklagten. Und die Geldgeber? Die halten zum Apparat. Sie sollen betrogen sein? Keine Idee! Der Staatsanwalt will ihr Interesse wahren, — unnützes Bemühen: Gebe man doch den Erfinder frei, doch er seinen Apparat in Ordnung bringen kann. Er funktioniert schon seit langem albst, alle Versuche des Erfinders, ihn wiederherzustellen, blieben fruchtlos, — trotzdem glauben die Geldgeber an den Apparat als Licht- und Geldspender. Ein Professor, wenn es auch der Münchener Sarent. Röhing ist, der an allerlei Hottuspokus von überirdischen Dingen glaubt, — hier ist er doch nicht allein mit seiner unheilvollen Wissenschaft, sondern mit seiner eigenen Tasche interessiert: ein Rechtsanwalt, der wohl imstande ist, seine Interessen und sein Recht zu vertreten, ein Großgrundbesitzer mit dem Namen Bethmann Hollweg, der sich wohl auch nicht so mir nichts dir nichts, übers Ohr haben läßt; ein sachverständiger Zeuge gar — für alle ist Unruh ein Mann, der was kann. Ein Betrüger? Welch verhängnisvoller Irrtum!

Wie sind doch die Richter zu bedauern! Sie sind ja nur Juristen. Nun sollen sie gar technische Sachverständige sein. Ja, wenn es sich um die medizinische Wissenschaft handelt, da kennen sie sich noch einigermaßen aus und wischen unter Umständen auch gerne den Gerichtskollegen vom medizinischen Fach eins aus. Aber in technischen Dingen Bescheid wissen, — da gibt es eine ganz andere Ruh zu machen. Und doch: die Entscheidung wird getroffen werden

müssen. Wer weiß, vielleicht fällt sie mal nicht so schwer. Denn Unruhdenfälschungen sind von Herrn Unruh jedenfalls begangen worden: er hat solche Schecks einlösen lassen. Allerdings hat er als feiner Mann, der jeder Tag vor Gericht in einem anderen tabellos gebügelt Anzug erscheint, die abgeschwindelten Summen,



sobald die Sache rufbar wurde, zurückerstattet. Also auch hier gibt es keine Geschädigte. Der Hauptgeschädigte scheint vorläufig der Staat zu sein. Unruhs billige Lichtquellen sind vorläufig verlegt, der tote Apparat hat aber dem Staat schon viel Geld gekostet.

Der Antrag des Staatsanwalts.

In dem Betrugs- und Fälschungsprozess Unruh wurde im Laufe des gestrigen Tages die Beweisaufnahme geschlossen und am Nachmittag nahm Staatsanwalt Sch wandtke das Wort, um in fast dreißündiger Rede die umfangreiche Anklage zu begründen. Die Verhandlung habe einen kurzen Traum von Reichtum, Ansehen und völliger Umwechslung der bisherigen Gesetze gezeigt. Der Angeklagte ist jedenfalls zunächst ein Opfer seiner Erfindungsideen geworden. Als er aber erkannte, daß es mit dem Stromerzeuger Schimäre sei, hatte er nicht den Mut, den Mißerfolg einzugestehen, denn er hatte inzwischen das Wohlleben gekostet. Als vernünftiger Spieler ging er zu Fälschungen über. Der Staatsanwalt glaubt aber, daß eine einheitlich fortgesetzte Handlung vorliege. Von den Betrügereien führte eine Brücke zu den Scheckfälschungen. Der Staatsanwalt sieht in der Person des Unruh mehrfach Mißverurungsmomente, deshalb wollte er ihm auch das Zuchthaus ersparen. Immerhin sind die Fälschungen doch auch in so raffinierter Weise verübt worden, daß er wegen der Scheck- und anderen Fälschungen die Höchststrafe von 5 Jahren Gefängnis und wegen der weiteren Fälschungen des Stromerzeugers 2 Jahre Gefängnis und noch eine weitere Strafe für Einzelbetrügereien am Plage hält. Die Strafe sei zusammenzusetzen in eine Gesamtstrafe von sieben Jahren Gefängnis, unter Anrechnung von einem Jahr Untersuchungshaft, und fünf Jahren Ehrenverlust. Gegen den Angeklagten Bille wurden neun Monate Gefängnis wegen Beihilfe beantragt. Bei den Angeklagten Cole und Brinkmann hält der Staatsanwalt nicht für erwiesen, daß sie bei dem Verleihen der Anteilnahme Kenntnis von dem schwindelhaften Charakter der Erfindung hatten, und beantragte daher deren Freisprechung. Es sprachen dann die Verteidiger, Rechtsanwälte Brandt, Ball und Puppe. Das Urteil erfolgt heute.

Aufgemacht!

Die Kriminalpolizei ist da! Es erschallt häufig auch da, wo für den Blick des gewöhnlichen Sterblichen nichts Verdächtiges zu sein scheint. In den meisten Fällen, vielleicht von den eigentlichen, engbegrenzten Verbrechervierteln abgesehen, weiß man gar nichts vom Wohnen von Verbrechern im Hause. Es ist ein irriger Glaube, daß Verbrecher nur in verrufenen Gegenden wohnen. Da schließt sich wohl allerlei Gefindel niederster Sorte zusammen, das hier erst sozusagen seine Laufbahn beginnt. Aber immer mehr bevorzugt gerade die schwersten Gewohnheitsverbrecher, genau wie die besseren Dirnen und eleganten Zuhälter, die besseren Wohnviertel und harmlose, wohlstandig ausschauende Mietkasernen, um nicht so dicht unter den Augen der „Polente“ zu sein wie im Verbrecherviertel, wo ja die Figur des „Greifers“ und die Aushebung eines der zahlreichen Verbrecherreste eine alltägliche Erscheinung ist und niemanden verwundert. Man hat sich zwar im besseren Hause zugetuschelt, wovon eigentlich gewisse Nachbarn leben und weshalb sie mehr bei Nacht als bei Tage auf den Beinen sind. Also ist hier das plötzliche Erscheinen der Polizei, womöglich eines größeren Aufgebotes der bekannten drohtigen Gestalten mit der enticherten „Kanone“ immer ein Ereignis, das ein ganzes Haus in Erregung hbringt. „Wer ist das?“ schallt es nach dem Anläuten vorläufig, lauernd, immer von einer Frauenstimme durch die Tür. „Aufgemacht... Kriminalpolizei!“ Ist die Luft drinnen rein, wird ohne Umstände geöffnet. Blischnell haben die Beamten den Fuß zwischen Tür und Rahmen. Wird gezeugert, und ist der Gesuchte in der Wohnung, so muß nötigenfalls mit Gewalt die Tür geöffnet werden, und es entspinnt sich dann nur zu oft jener romanhafteste Kampf, der erst mit Revolvergeschüssen, blutigen Köpfen, Hufeilung und Abführung der Verbrecher sein Ende findet.

Von derartigen dramatischen Auftritten, die den Beamten stets vor Lebensgefahr stellen, sind die täglichen überwiegen Durchsuchungen nach gestohlenem Gut zu unterscheiden. Die Entscheidung ist im wesentlichen in die Hand der kleineren örtlichen Kriminalabteilung gelegt, die ja ihre im Bezirk wohnenden unsicheren Kantonisten genau kennt. Neben den näheren Umständen des Einzelfalles soll auch das Vorleben des Verdächtigen mitbestimmend sein, obwohl das nach gekläerten kriminalistischen Anschauungen nicht soweit gehen soll, einen vielleicht vor langen Jahren Entlassenen, der sich seitdem tadellos geführt hat, ohne weiteres eines neuen Diebstahls für fähig zu halten. Jede derartige Durchsuchung wird, da die Personen der Bezirkstriminalbeamten in ihrem Amtsbereich allgemein bekannt sind, schnell auch dem ganzen Hause bekannt — es bleibt immer etwas hängen am Rufe, selbst wenn der Verdacht sich als ganz unbegründet erweist. Die Polizei hat zwar nichts Befehlendes gefunden, aber der Inhaber der durchsuchten Wohnung ist nun mitten im übelsten Beden. Hier ist auch allen möglichen leichtfertigen oder gehässigen Denunziationen Tür und Tor geöffnet. Ist genug haben unschuldig verdächtige sensible Personen durch die Verdächtigung schweren gesundheitlichen Schaden erlitten, in einigen Fällen sogar, allerdings in übermäßiger Empfindlichkeit, Selbstmord begangen. Man wird aber der Polizei auch schwerlich einen unfehlbaren Weg zeigen können, wie Neidungen zu vermeiden sind. Und schließlich ist ja der negative Ausfall einer Untersuchung noch lange kein Beweis für die Unschuld. Man erlebt es durchaus nicht selten, daß der Durchsuchte sich auf das hohe Ross setzt und mit Beschwerde droht, ihm aber doch später der Diebstahl oder die Hehlererei nachgewiesen wird.

Sonderzüge nach und von Ostpreußen.

Am Freitag, den 6. Juni 1924, werden, falls es erforderlich sein sollte, Sonderzüge zu ermäßigten Fahrpreisen 3. Klasse von Berlin nach Königsberg (Pr.) und von Insterburg nach Berlin abgefahren werden. Der Berliner Sonderzug fährt an dem genannten Tage um 6 Uhr 8 Minuten abends vom Bahnhof Charlottenburg ab und trifft in Königsberg am nächsten Tage vormittags 10 Uhr 37 Minuten ein. Der Gegenzug fährt ebenfalls am 6. Juni um 5 Uhr 48 Min. nachmittags von Insterburg ab und trifft am nächsten Vormittag um 10 Uhr in Berlin, Bahnhof Charlottenburg, ein. Der Fahrpreis für die Hin- und Rückfahrt beträgt zwischen Berlin, Stadtbahnhof, und Königsberg 36 Mark.

Die Flüchtlinge.

Roman von Johannes Lianankoski.

„Drittens fallen alle fahrende Habe und alles Geld nach dem Befehl an meine Ehefrau und meinen Sohn, außer den siebentausend Mark, die ich auf der Sparkasse zu Lavastehus auf den Namen meiner Schwester Karolina Hetas Tochter niedergelegt habe, und die nach meinem Tode folgendermaßen zu verteilen sind: an meinen Schwiegervater Austra Reskitalo und seine Ehefrau je tausend Mark, an ihre Kinder Bihtori, Kalle, Hanna und Helta je tausend Mark sowie an meine vorgenannte Schwester Karolina Hetas Tochter tausend Mark. Das Sparkassenbuch befindet sich in meinem Wandschrank.“

Nun, Reskitalo, wirst du wohl einsehen, daß ich keinen Groll gegen dich hege, sondern daß ich alles gut habe einrichten wollen. — Hanna hätte ich gerne den doppelten Anteil gegeben. Da aber für jeden gerade tausend Mark vorhanden waren, muß ich es als einen Wink Gottes auffassen, daß man Herzengüte nicht mit Geld belohnen soll.

Er fuhr lange still weiter, in die sommerliche Natur ringsum blickend und sich gleichsam fragend, was sie wohl von diesen seinen Verfügungen denke.

„Das dürfte richtig sein sowohl vor Gott als vor den Menschen.“ schloß er.

Er stellte sich weiter vor, wie er dann in seiner Todesstunde das Testament Manta geben werde.

„Sieh es nicht an, bis ich gewaschen, gekleidet und auf dem Bett ausgestreckt bin — dann lies es.“

Und er stellte sich weiter noch den Augenblick vor, wo sein Testament schließlich gelesen wurde. Er glaubte alle leibhaftig vor sich zu sehen. Wie die ganze Familie still in der guten Stube saß, die Türe zu der Kammer geöffnet, in der er, Lutela, auf seinem Brett ruhte.

„Lutela hat ein Testament hinterlassen.“ sagt Manta leise und zieht das Papier hervor.

„Ein Testament!“ rufen alle — Reskitalo laut, die anderen mit Blicken.

Manta fängt an zu lesen. Er gewahrt von seinem Brett aus, wie sich der erste Absatz schwer und erdrückend auf sie herabsenkt, wie sie einander überrascht ansehen.

„Gerade, wie ich gedacht habe.“ lächelt er auf seinem Brett.

Manta liest weiter. Der zweite Absatz verbreitet gleichsam den Klang der Botschaft des jüngsten Gerichts in der Stube, indem er verkündet, daß die Pläne der Menschen zu schanden werden vor der Ewigkeit.

Er sieht, wie Reskitalo seiner Frau den Kopf zuwendet und ihr einen langen, gebrochenen Blick zuwirft. Dann bekommt er einen Hustenanfall, einen heftigeren als je, und die alte Frau eilt herzu und klopf ihm auf die Schultern. Den Burschen sind die Tränen in die Augen geschossen, und sie blicken einander an: hat denn Lutela gar nicht an uns und unsere gemeinschaftliche Arbeit gedacht?

Er fühlt einen Schmerz, als er dies sieht. „Jetzt könntest du weiterlesen, Manta!“ nickt er von seinem Brett aus, während er die Tränen auch in seinen Augenwinkeln spürt.

Manta liest den dritten Absatz. Auch Reskitalo versucht seinen Husten zu unterdrücken, damit er hören kann.

Als er zu Ende ist, scheint es ihm, als sei die Nacht des Gerichts nun vorbei, und die Erde liege in Asche, dafür aber dämmere eine neue Welt im tagenden Widerschein der Ewigkeit.

Alle sehen sich an, und er bemerkt, wie sich in ihren Augen ein großer, stiller Frieden entzündet.

„Gerade, wie ich gedacht habe.“ lächelt er auf seinem Brett. Sie sitzen lange schweigend da, ohne daß nur einer ein Wort spricht. Da steht Helta kindlich froh auf und geht fast laufend zu Reskitalo und der alten Frau.

„Jetzt kommen wir ja nach Lavastland?“ ruft sie aus.

„Gewiß, jetzt kommen wir hin.“ sagt Reskitalo langsam und nickt mit dem Kopf.

„Das verdanken wir Lutela.“ fügt die alte Frau hinzu, indem sie sich die Tränen aus den Augen wischt.

Reskitalo aber steht auf und kommt an die Kammertür. Er blickt nach dem auf dem Brett ruhenden Lutela — dann nickt er ihm zu:

„Ja, Lutela, du hast alles gut gemacht. Erst jetzt erkenne auch ich Gott — daß er nicht in den Bibelsprüchen ist, sondern im Leben.“

Das Pferd ging gemächlich die lange Steigung hinan. Lutela fühlte, wie ihm das Fieber in allen Gliedern riß, sie zerrte, durchkästete und steif machte.

Er hustete auf. Denn in der Brust war es erst an der

Arbeit, hämmerte und blies seine Bälge auf wie in einer qualmenden Schmiede.

„Wenn ich nur glücklich nach Hause komme.“ dachte er. „Dann ist alles bereit.“

17.

Lutela hatte schon vier Tage gelegen — dies war der fünfte.

Jeder konnte sehen, daß er von seinem Lager nicht mehr aufstehen werde.

Doch er selbst lächelte und sprach, wie wenn es nur solch ein zufälliges Unwohlsein gewesen wäre, das einen nicht einmal besonders verdrieht, weil es nicht in die drängendste Arbeitszeit fällt.

An diesem Morgen fühlte sich indes die alte Frau bewogen, ihn zu fragen, ob er nicht den Pfarrer wünsche — obwohl die Frage ein wenig peinlich war.

Lutela schwieg eine Weile, wie wenn auch er über die Sache nachgedacht hätte. Dann aber lächelte er mit einem stillen Lächeln.

„Nein — ich brauche keinen Pfarrer.“ sagte er langsam und überzeugend, indem er der Frau ins Gesicht blickte und, gleichsam der größeren Bestimmtheit halber, noch leise mit dem Kopfe nickte. „Und was soll denn auch sonst ein Pfarrer hier — da auch der Husten schon leichter geworden ist — ich werde bald wieder gesund sein.“

Die alte Frau verstand, was er mit dem Gesundwerden meinte, und wandte den Kopf nach einer anderen Seite.

„Ein solcher Mann!“ dachte sie. — „Obwohl: ein Pfarrer wäre ja doch gut gewesen.“

So verging der Vormittag.

Lutela fühlte wie die Schmerzen, die in diesen Tagen manchmal sehr heftig gewesen waren, vollständig nachließen und eine seltsame, mit Müdigkeit gemischte Kühle ihn zu beschleichen begann.

„Am Nachmittag.“ dachte er. „So glaube ich.“

Es war ihm so wohl, daß jetzt alles bereit war. Das Testament lag unter dem Kissen und wartete nur auf seine Stunde. Alles war in Ordnung, er selbst mit allen im klaren.

Und so begannen seine Gedanken immer öfter aus der Gegenwart in die Vergangenheit zu wandern — nach Lavastland, in sein Mannesalter, zu seiner Schwester, zu seinen früheren Gehöften und Aekern, zu seiner verstorbenen Frau.

(Fortsetzung folgt.)

Anträge im Rathaus.

zwischen Insterburg und Berlin 42 Mark. Der Fahrkartenerwerb findet statt in Küstrin, Vandsberg, Kreuz, Schneidemühl, Marienburg, Elbing, Braunsberg, Königsberg während der Schallerdienststunden, in Berlin bei der Fahrkartenausgabe des Bahnhofes Zoologischer Garten in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends. Die Rückfahrkarten gelten 2 Monate. Für die Rückfahrt kann jeder Fahrplanmäßige Glieder- oder Personenzug benutzt werden. Deutsche Reichsangehörige brauchen in diesen Zügen für die Fahrt durch den polnischen Korridor einen Personalausweis.

Der Mord an dem Fünfzehnjährigen. Noch keine weiteren Spuren.

Zu dem Mord östlich von Berlin auf der Grenze von Mahlsdorf und Dahlewig, dem angeblich politische Motive zugrunde liegen sollen, erfahren wir noch folgende Einzelheiten. Der Ermordete ist der am 8. August 1909 in Mahlsdorf geborene Schüler Günther Beger. Sein Vater ist Oberstadtschreiber und wohnt in Mahlsdorf, Lindenstr. 31. Der junge Mann ging gestern nachmittag gegen 6 Uhr aus der elterlichen Wohnung fort, um sich mit der Straßenbahn nach Cöpenick zu begeben, und zwar zur Teilnahme an einer Versammlung der Schüler-Kuderritte der Körner-Realschule in Cöpenick. Von dieser Fahrt ist er nicht mehr nach Hause zurückgekehrt. Gegen 1 1/2 Uhr nachts kamen zwei junge Leute auf die Polizeiwache von Mahlsdorf und zeigten an, daß in einer Schenke, die zu Dahlewig gehört, die Leiche eines jungen Mannes liege. Beamte der bezeichneten Wache begaben sich nach der Schenke, wo sie die Leiche in einem Gebälk auffanden. Die Augen des Toten waren mit einem Taschentuch verbunden, das hinten mit einer Sicherheitsnadel zusammengeheftet war. Der tödliche Schlag muß aus nächster Nähe abgegeben sein, da das Taschentuch die typischen Verbrennungsmarkmalen aufweist. Die Kugel ist etwa 1 Zentimeter über dem linken Augenwinkel des linken Auges in den Kopf gedrungen. Die Leiche wurde von dem beamteten Arzt, Medizinalrat Schulz aus Charlottenburg, untersucht, der feststellte, daß keinerlei weitere Verletzungen vorliegen. Ein Auschuh ist nicht vorhanden. Etwa 20 Meter von der Leiche entfernt ist eine Patronenhülse gefunden worden, die zweifellos von einem Trommelrevolver herrührt. Die Leiche wurde an Ort und Stelle vom Erkennungsdienst des Polizeipräsidiums Berlin photographiert. Eine Verabreichung des Toten hat nicht stattgefunden, da man Briettische und sonstige Utensilien vorfand. Auf der Brust des Toten war ein aus einem Notizbuch herausgerissener Zettel befestigt, der die Inschrift trug: „Tod den Faschisten! KPD. Exekutive.“ Unten links steht: „Erledigt am 26. Mai 1924.“ Die Rückseite des Zettels trägt die Unterschrift: „Schwarze Liste von Mahlsdorf.“

Schwarze Liste von Mahlsdorf.

Es folgen dann zwölf Namen von Mitgliedern der Rismarckjugend, und darunter die Unterschrift: „KPD. Exekutive.“ Unter den aufgeführten zwölf Namen befindet sich auch der Name des Ermordeten, dieser Name ist zweimal durchstrichen, und links neben dem Namen befindet sich ein Kreuz. Rechts steht ebenfalls das Datum 26. 5. 1924. Die Bemerkungen sind ebenfalls mit Papierkleber gesichert. Der Ermordete trug keine Weste. Der Zettel war an der oberen Seite mit einer schwarzweißen Knapfnadel und an der unteren Seite mit dem Taschmesser des Ermordeten, das durch das Hemd durchgesteckt war, befestigt.

Ein Verwandlungskünstler.

Eine vielseitige Persönlichkeit ist jetzt durch die Berliner Kriminalpolizei inschädlich gemacht worden. Der 27 Jahre alte aus Süddeutschland stammende Dentist Ernst Mergenthaler wurde von seinen Heimatbehörden wegen Betruges, Urkundenfälschung und Unterschlagung lange vergeblich gesucht. Als tüchtiger Mann hatte er die Inflation ausgenutzt und eine Goldmetallschmelze in Stuttgart eingerichtet. Als die Festigung der Mark einsetzte, ging seine Schmelze „platt“ und Mergenthaler mußte flüchten, da keine Schuldner ihm über den Kopf gewachsen waren. Überall versuchte er ein „Geschäftchen“ zu machen und trieb sich in vielen Städten umher. Zuletzt kam er nach Berlin. Er nannte sich, wie bisher festgestellt wurde, Willi Krentz, Peter Kösten, Adolf Künzel, Joseph Schmidt, Joseph Führdorf, es ist aber nicht ausgeschlossen, daß er sich nach andere Namen zugelegt hat. Als Joseph Führdorf fand er in einem großen Geschäft eine Stellung als Einkäufer und Provisionsreisender. Er wohnte mit gefälschten Abmeldepapieren und Pässen in Weihenker als Adolf Künzel. In Berlin „arbeitete“ er nun folgendermaßen: Seine Einkäufe bezahlte er mit Schecks, die er angeblich von seiner Firma erhalten hatte. Auf den guten Ruf dieser Firma hin wurden sie ihm stets abgenommen, und erst später stellte es sich heraus, daß keine Deckung vorhanden war. Oft verkaufte er auch auf eigene Rechnung die Waren, die er für die Firma eingekauft hatte. Als er jetzt eine dritte Person zur Fälschung einer Unterschrift verleiten wollte, wurde er angezeigt. Bei seiner Verhaftung fand man bei ihm drei Scheckbücher und mehrere lose Schecks, die auf süddeutsche Banken ausgestellt waren. Mergenthaler wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Ordenstag in Potsdam.

In aller Herrgottsfrühe sah man am Sonntag in Potsdam, wie eine eigenartige Gemeinde sich in dem Kirchenhof der Friedenskirche in Sanssoucie versammelte. Der Jungdeutsche Orden, schwarzes Kreuz im weißen Feld, hielt hier seine Bannerweihe ab. Die Schar der letzten Vereinskraft nennen sie sich, „Kommt, laßt uns die Mauern Jerusalems bauen. Ich weihe diese Fahnen als Wahrzeichen der Ordnung in unserer unordentlichen Zeit.“ mit diesen Worten empfing sie der Geistliche der Kirche, Hofprediger Dr. Vogel, und die Fahnen senkten sich zum Schwur auf den Altar. Am 24. Juli, am Tage der Ermordung Rathenau's, findet der Johannistag in Potsdam in dieser Kirche statt. Schon heute fordert das Komitee zur Enthüllung des Denkmals des 1. Garderegiments die Potsdamer Bürgerschaft auf, Quartiere für den 13. Juli bereitzustellen, da der Zugzug ungeheuer zu werden verspricht. Die Potsdamer würden aber ganz gern auf den Zug verzichten. Selbst viele der guten Epischer wollen lieber ihre Ruhe haben und das Denkmal Denkmal sein lassen.

Helft den Kindern!

Der Berliner Ausschuss der Deutschen Rothhilfe wendet sich an die Berliner Bevölkerung mit folgendem Aufruf: Helft den Kindern! Unsere Jugend ist durch fast zehn Jahre größter Entbehrung unterernährt. Kinderkrankheiten und Volksleiden fordern Tausende von Opfern. Es ist notwendiger als je, ihnen wenigstens für einige Wochen Erholung in Luft und Licht zu verschaffen. Die Mittel, die den städtischen Wohlfahrtsämtern und den Wohlfahrtsorganisationen aller Richtungen für Freizeitspiele zur Verfügung stehen, sind völlig unzulänglich. Ihre Fürsorge bricht zusammen, wenn ihnen nicht schnelle und reichliche Hilfe wird. Sie alle bitten durch die „Berliner Rothhilfe“ um Spenden, um den zahllosen wohlbegünstigten Anträgen auf Verschickung entsprechen zu können. Berlin hat während eines langen und harten Winters großzügig geholfen, Nahrung und Kleidung zu schaffen. Die wirtschaftliche Lage ist aber heute so ernst wie nur je. Sozial- und Kleinstrentner haben, der Mittelstand geht zugrunde — schwer lastet auf kinderreichen Familien wochen- oft monatelange Arbeitslosigkeit — neuer Arbeitsstillstand droht. Niemand weiß, ob er nicht morgen selbst zu diesen Hilfsbedürftigen gehört. Darum helfe heute jeder, der noch irgend helfen kann! — Spenden werden erbeten an den Berliner Ausschuss der Deutschen Rothhilfe, Berlin NW, 40, Reichstagsufer 3. Bankkonto: Preussische Staatsbank, Berlin W, 86, Konto 101 920, Postsparkonto: Berlin NW, 7, Nr. 77 955. Sämt-

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung hatten gestern Deutschnationale und Kommunisten das Vergnügen, mit ihren bei den Reichstagswahlen erreichten Stimmengewinnen prahlen zu können. Beide Parteien forderten in Anträgen baldigste Anberaumung von Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung, bei denen sie einen ähnlichen Gewinn erwarten zu dürfen behaupteten. Ob sie dessen wirklich schon so sicher sind, wie sie tun, muß man allerdings doch bezweifeln. Auch sie wissen, daß sie mit einer Ernüchterung der Wähler zu rechnen haben, die sehr bald kommen könnte. Einstweilen aber müssen sie, um die Stimmung auszunutzen, den Mund möglichst voll nehmen. In diesem Punkt war übrigens dem Redner der Kommunisten der deutschnationale Pastor Koch doch über. Er hat unbestreitbar das größte Mundwerk. Die Abstimmung über die Anträge wurde noch ausgesetzt.

Der erste der Anträge, der die Gefährdung von Personen durch den überhöhten Automobilverkehr zum Gegenstand hat, war von den Demokraten schon am 28. Februar eingebracht. Stadtbaurat Dr. Adler verwies auf die Befestigung des Polizeipräsidiums vom 14. Februar d. J., welche angesichts der erschreckenden Zunahme der Automobilmisfälle die Kraftfahrer, die eine Schuld oder Mitschuld trifft, mit Entziehung des Führerscheins bedroht, und die gleiche Maßregel bei Ueberschreitung der Maximalschwindigkeit im Wiederholungsfalle vorsieht. Ein großer Teil der Unfälle, in manchen Monaten über die Hälfte, sei aber durch die Unachtsamkeit der Fußgänger verursacht. Gegenüber der Vorkriegszeit hätten die Unfälle aber nicht zugenommen. In nächster Zeit sei aus einer sehr starken Zunahme des Autoverkehrs zu rechnen; geeignete Sicherungsmaßnahmen würden bereits erwogen. Dr. Steiner (Dnat.) stimmte dem Antrag „von ganzem Herzen“ zu, bat aber den Begründer des Antrages, Doose, doch auf die ihm nahestehenden Autobesitzer ersichtlich in dieser Richtung einzuwirken, was ja jetzt, nachdem die Wahlen vorüber seien, auch möglich sein dürfte. Genosse Klose trug ein reichhaltiges statistisches Material vor. Von 1914 auf 1923 hat sich in Berlin die Zahl der Kraftfahrzeuge von 8992 auf 20 881 erhöht, darunter 3100 Krafträder und 4895 Lastwagen. Auf 180 Einwohner kommt ein Kraftfahrzeug; nur von Hamburg, wo schon auf 170 ein solches entfällt, wird Berlin übertroffen. Die Steigerung der zulässigen Fahrgeschwindigkeit von 25 auf 35 Kilometer hat gewiß die Gefahr erhöht, aber z. B. in New York ist die Geschwindigkeit unbegrenzt; dort hat der Besitzer für jeden Schaden. Im dritten Quartal 1923 kamen von 373 Unfällen 155 auf Privatpersonenwagen, 54 auf Krafträder; für das vierte Quartal sind diese Ziffern 349, 156, 35. Gegen die Kraftmoosfahrer ergingen im vierten Quartal 1923 nicht weniger als 349 Strafvorfälle. Neben den Polizeimaßnahmen muß durch

Belehrung der Berliner Bevölkerung

und durch sorgfältigere Ausbildung der Führer den Gefahren gesteuert werden; hier wären die Chauffeurschulen einmal unter die kritische Lupe zu nehmen. Vor allem aber sollte auch in Berlin eine „Autowacht“ ins Leben gerufen werden. — Der Antrag wurde angenommen.

Am 22. Mai hat der Haushaltsausschuss folgenden Beschluß gefaßt: „In Erledigung des dringlichen Antrages der Wirtschaftspartei erlaucht die Versammlung den Magistrat, in seiner Eigenschaft als Hauptaktionär der Elektrizitätswerke auf die Verteilung derselben mit aller Energie dahin einzuwirken, daß die heutige

Berechnung des Strompreises

unter Zugrundelegung einer Grundgebühr aufgehoben wird, da diese

siche Verbände der freien Wohlfahrtspflege, die städtischen Wohlfahrts- und Jugendämter, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften und die Berliner Presse sind in ihr vereint.

Die Furcht vor der Not.

Tragischer Selbstmord eines Ehepaares.

Aus Verzweiflung über die am Tage zuvor erfolgte Verurteilung und Amtsenthebung hat der Oberwachmeister Schmidt von der Oberstaatsanwaltschaft mit seiner Ehefrau gemeinsam in seiner Wohnung den Tod gesucht. Schmidt hatte sich der Unterschlagung von Dienstmarken schuldig gemacht, die er bei der Post in Freimarken umtaufchte und diese dann in den Geschäften in Zahlung gab. Als die Tat entdeckt wurde, gab Schmidt als Entschuldigung für seine unbegreifliche Handlungsweise an, daß er durch die Geldentwertung sein ganzes Geld in Höhe von 10 000 M. das er während seiner 40-jährigen Dienstzeit erworben hatte, verloren habe und daß er sich jetzt vor dem Abbau gestrahtet hätte. Das Schöffengericht hatte Schmidt zur Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis unter Bewilligung einer Bewährungsfrist verurteilt, von einer Amtsenthebung jedoch Abstand genommen und die Entscheidung hierüber dem Disziplinarverfahren überlassen. Der Staatsanwalt hatte wegen Unterlassung der Amtsenthebung Berufung eingelegt und die große Strafkammer sprach auch dem Antrage gemäß die Amtsenthebung auf drei Jahre aus. Aus Verzweiflung über seine Zukunft hat der alte Mann in der folgenden Nacht mit seiner Ehefrau gemeinsam den Tod durch Gassvergiftung gesucht.

Raubüberfall oder grober Unfug?

Das Abenteuer eines Kartoffelhändlers beschäftigt seit einigen Tagen das Raubdezernat der Kriminalpolizei. Als der Händler Alfred Weiche am Donnerstag voriger Woche mittags um 1 Uhr mit seinem beladenen Kartoffelwagen über die Putzstraße fuhr, fielen zwei Männer seinem Pferd in die Fänge und riefen ihm unter Drohungen mit einem blanken Gegenstande zu: Du Hund, wenn du nicht still hältst, so schlagen wir dir den Schädel ein! Dann kamen noch zwei andere heran und rissen einen Sack Kartoffel vom Wagen herunter. Als sich Leute sammelten, die nicht wußten, um was es sich handelte, warfen die vier Männer den vollen Sack über das Geländer auf die Putzstraße hinunter. Dann verschwanden alle vier nach der Quignowstraße zu. Als der Händler das Publikum aufgestellt hatte, wagte niemand, sie zu verfolgen. Es konnte nur noch festgestellt werden, daß die Flüchtigen in der Quignowstraße Jacke und Mütze wechselten, um sich unkenntlich zu machen. Der Sack mit den Kartoffeln wurde unten in der Putzstraße gefunden und sichergestellt. Die vier Männer sind noch nicht ermittelt. Ob es sich um einen Raubüberfall oder viel-

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 28. Mai.
Tageszeitung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörse. Nachm. 12.35 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.06 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.
4 Uhr: Vortrag der Frau Ida Orloff: „Lachen im Hause“ (Jugendvortrag). 4.30—6 Uhr: Berliner Funkkapelle (Unterhaltungsmusik). 7.30 Uhr: Vortrag des Herrn Gregers-Nissen: „Wanderfahrten auf dem Rad“. 8.30 Uhr: Moderner Operettenabend. Mitwirkende: Käthe Mann; Kammeränger Albert Kutznor; Eduard Kandi vom Deutschen Opernhaus, Charlottenburg. Am Steinway-Flügel: Kapellmeister Otto Urack.

Grundgebühr eine außerordentliche Belastung für den kleinen und mittleren Stromverbraucher bedeutet und in den meisten Fällen ein Vielfaches des wirklichen Stromverbrauches beträgt. — Die Versammlung ersucht weiter den Magistrat, auf alle Fälle darauf hinzuwirken, daß die G.W. von sich aus eine Nachprüfung der Elektrizitätszähler bei den Verbrauchern vornehmen, um die vorgekommenen Ungerechtigkeiten zu beseitigen und den Bereich der Zähler dem tatsächlichen Verbrauch anzupassen. — Zu diesem Antrag beantragten unsere Genossen eine Änderung im zweiten Absatz dahin, daß die Nachprüfung auch auf die Grundgebühr ausgedehnt werden soll. Genosse Schlegel befürwortete die Annahme dieser Änderung, sprach sich aber gegen den ersten Absatz aus, der, wie er darbot, einen für die Erreichung des angestrebten Zweckes ungeeigneten Weg vorschlug, während die Nachprüfung der Grundgebühr und der Zähler eine Änderung des ganzen Systems ermöglichen werde. — In der Abstimmung wurde der zweite Absatz mit der beantragten Änderung angenommen, der erste Absatz dagegen abgelehnt. — Zur Annahme kam nach ausführlicher Begründung durch Genossin Dr. Wogodinski der Antrag unserer Genossen vom 13. März, wonach der Magistrat sofort beim Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose dahingehend vorstellig werden soll, daß der Stadt Berlin über den sonst üblichen Verordnungsstellen hinaus besondere Mittel zur Bekämpfung der in Berlin sich besonders stark ausbreitenden Tuberkulose zugewendet werden. — Am 4. März hatten die Deutschnationalen beantragt, der Magistrat solle bei der Staatsregierung die unverzügliche Einbringung eines Gesetzentwurfes betreiben, nach dem auch in Berlin am 4. Mai d. J. die

Erneuerungswahlen zur Stadtverordnetenversammlung

stattzufinden hätten. — Von den Kommunisten ist am 15. Mai der Dringlichkeitsantrag eingebracht, mit Rücksicht auf das Ergebnis der Reichstagswahl vom 4. Mai den Magistrat erntet aufzufordern, bei der Reichsregierung die Neuwahl des Stadtparlaments zu betreiben. — Den ersten Antrag begründete Koch (Dnat.) in seiner satzungbekannten Manier mit einer Flut von Anwürfen gegen die „margistische Linke“. Legte man die Wählerlisten Berlins zugrunde, so würden auf die Versammlung 53 Deutschnationale, aber nur 45 Sozialdemokraten entfallen. Die margistische Linke Seite des Hauses würde alles in allem nur 94, die antimargistische Rechte aber 131 Mitglieder zählen. Das Zenitum würde auch bei 9 oder 10 Mitgliedern statt seiner jetzigen 8 nicht mehr das Übergewicht an der Waage bilden. Unter stürmischer Heiterkeit der Versammlung schloß Herr Koch seine von der Linken und von der äußersten Linken mit Beifall begleitete Rede mit dem Satz: „Der Rohr hat keine Schuldigkeit nicht getan, der Rohr kann gehen!“ — Degner (Kom.) entstellte Lauchstürme auf der Rechten mit seiner Deduktion, daß die Berliner Wahlen einen

gewaltigen Ruf nach links

ergeben hätten. — Genosse Reimann erklärte, er wolle die heitere Stimmung der Versammlung nicht trüben und verzichte daher auf das Wort. — Dr. Salzgaber verwahrte in ziemlich scharfer Abwehr das Zenitum gegen die Anzuspinnungen Kochs; er verbat sich energisch, das Zenitum ohne weiteres in den eigentlichen nur in der Einbildung bestehenden Bürgerblock einzubeziehen. Im Schlußwort replizierte Koch mit gleicher Schärfe und logie im übrigen voraus, daß die Regierung die Versammlung werde auflösen müssen, wenn diese den Antrag verworfen sollte. — Die namentliche Abstimmung über den Antrag wurde auf die nächste Sitzung verschoben.

Die Beratung der weiter auf der Tagesordnung stehenden Anträge wurde abgesetzt oder vertagt und gegen 9 Uhr die Sitzung geschlossen.

leicht auch nur um groben Unfug Betrunkener handelt, steht noch dahin. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt das Raubdezernat im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums entgegen.

Schon wieder falsche Reichsbanknoten.

Zurzeit treten wieder falsche Reichsbanknoten zu 2 Billionen Mark der 1. Ausgabe vom 5. November 1923 und zu 1 Billion Mark der ersten Ausgabe vom 1. November 1923 auf. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß die echten 2 Billionen Marknoten als Schutz ein Wasserzeichen in einem Linienmuster (sogenanntes Z-Muster) oder im Kugelmuster oder in einem gitterartigen Muster mit dem ständig wiederkehrenden Buchstaben S aufweisen. Der Schutz der echten 1 Billionen Marknoten besteht in einem auf der rechten, violett gefärbten Seite des Papier entholtenen Wasserzeichen — Eichenlaub und Kreuzdorn darstellend — sowie in dem im Papierstoff eingebetteten Pflanzenfasern. Die Fälscher sind bei den meisten Fälschungen durch Druckstriche nachgeahmt, lassen sich also mit einer Nadel vom Papier nicht abheben, woran die Fälschungen leicht zu erkennen sind. Das Wasserzeichen fehlt den Fälschungen entweder ganz oder es ist durch Aufdruck mangelhaft nachgeahmt. Vor Annahme dieser Fälschungen wird gewarnt.

Ruberunterricht. Das Jugendamt Berlin teilt mit: Wie in den Vorjahren soll auch in diesem Jahre den Schülern der Hoch- und Fortbildungsschulen sowie anderen Jugendlichen über 14 Jahre Gelegenheit gegeben werden, das sportmäßige Rudern in Ruderbooten unter Leitung tüchtiger Ruderlehrer zu erlernen. Zu diesem Zwecke werden zwei Kurse eingerichtet, die voraussichtlich vom 2. Juni bis Ende Juli und vom 1. August bis Ende September dauern. Die Übungszeiten sind wochentäglich von 5—7 Uhr abends (gewünschtenfalls von 6—8 Uhr abends) geplant. Die erste Ausbildung erfolgt auf der Spree vom Grundstück Holzmarktstr. 15/18 (Richtbrücke Stadtbahnhof) aus mit Fahrten spreaufwärts. Besondere Ruderkleidung ist nicht erforderlich. Die Teilnehmergebühr für einen Kursus beträgt 6 Goldmark, die bei der Anmeldung im Jugendamt zu zahlen sind. Meldungen können für den ersten Kursus sofort, für den zweiten Kursus im Juli beim Jugendamt, Poststr. 16, Zimmer 29, in den Dienststunden 8—3 erfolgen.

Ein Mitglied des Britischen Konsular-Korps tödlich verunglückt. Auf der Fahrt von München nach Tegernsee überlag sich am gestrigen Sonntag das Automobil des dem englischen Konsular-Korps angehörenden Lords Cossen-Harty, der bei Bad Kreuzung eine Bestimmung hatte. Der Lord wurde durch den schweren Wagen gebrochen und war sofort tot. Sein Diener erlitt eine leichte Gehirnerschütterung. Ein mitfahrender Gast, ein Münchener Kaufmann, ist ebenfalls leicht verletzt. Die Leiche des Briten wurde zunächst nach Starnberg gebracht.

Der Tod des Pensionärs Jakob ist noch nicht aufgeklärt. Ein Zeuge, den die Kriminalpolizei ermittelte, behauptet, daß in der Nacht zum Montag zwischen 12 1/2 und 13 1/2 Uhr ein junger Mann und ein junges Mädchen mit einem älteren Mann, der betrunken zu sein oder an Krämpfen zu leiden schien, die Holzmarktstraße entlang nach der Bangen Straße und dem Hause 105 zugehen, in dem Jakob wohnte. Der ältere Mann ging mühsam in der Mitte der beiden und hatte seine Arme über deren Schultern gelegt. Allem Anschein nach war das Jakob. Seine beiden Begleiter werden gesucht, sich bei Kriminalkommissar Dr. Berndorf im Polizeipräsidium zu melden.

USD-Eltern der 111. und 188. Gemeindeschule, Flugstraße, werden ersucht, ihre Adresse bei Karl Tieg, Schwarzloppstraße 9, v. 2. Tr., abzugeben.

Brandwunden am ganzen Körper erlitt der Arbeiter Stanislaus Hoffmann aus der Wörber Str. 26 bei einer Explosion in der Gasanstalt Danziger Straße. In bestimmungslosem Zustande fand der Verletzte im Krankenhaus Friedrichshain Aufnahme.

Die erste Rechtsanwältin in Berlin. Die bisherige Gerichts-
effektorin Frau Dr. Marie Munt, Tochter des ehemaligen Land-
gerichtsdirektors Wilhelm Munt in Berlin, ist als erste weibliche
Rechtsanwältin bei den Groß-Berliner Landgerichten zugelassen worden.

Männerchor „Heidenröslein“, Siemensstadt (Mitglied des
M.C.B.) veranstaltete ein Instrumental- und Gesangskonzert —
ein Wagnis, das sein Dirigent, H. A. Joseph, mit Umsicht und
Körpere zu gutem Ende führte. In bunter Folge wechselten er-
probte Volkslieder mit dem Orchester, als dessen besondere Leistungen
„Zug der Frauen“ aus Lohengrin, der „Pökelknecht“ von Weenerbe-
er und das „Fiebersmaus-Potpouri“ zu nennen waren. In — selbst
Eisenbergs „Mühle im Schwarzwald“ gewann unter dem aufhellenden
Reichthum und den alten grünen Bäumen des Gartenabstimmens
„Spannender Bod“ neuen Reiz und Wirkung. Die zarzen Chöre ver-
lorren sich zu sehr im weiten, verschwommenen Webers „Jägerchor“
aus „Curganthe“ ward recht lebendig, „Räucherlachen“ von Stix
und Kappels „Lombardisches Ständchen“ verrieten feistige Arbeit
des Chores, dessen erstliche Mühe durch guten Besuch des Konzerts
und ehrlichen Beifall verdienten Lob fanden.

Bereinigung der Freunde von Religion und Völkern. Genosse
Bleier spricht Donnerstag, den 29. Mai (Himmelfahrt), morgens 10 Uhr,
im Rahmen einer religiösen Feierstunde in der Leonilla-Kirche, Charlotten-
burg, Karl-Liebknecht-Platz, über das Thema: „Unter Himmel“. — Freitag,
den 30. Mai, abends 7 Uhr, spricht Genosse Bleier in der Aula der
Gemeindehalle (Eingang Einbecker Straße), über das Thema: „Der
Kulturbau der Menschheit und der Menschheit“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin. Auf vielseitigen
Wunsch soll zur Sommerfeier ein kleines Erinnerungsblatt für
unser Kinder hergestellt werden. Die bitten daher alle Genossen unserer
Bewegung um ihre Mitarbeit, damit dieser Versuch gelingt. Gebraucht
werden Zeichnungen, Erzählungen, Gedichte, Entwürfe, die Bezug auf die
Sommerernte haben. Die Beiträge sind bis spätestens 2. Juni
an die Zentrale der Kinderfreunde, Lindenstraße 3, zu senden. In der
nächsten Bestenversammlung am 4. Juni im Altesheim, Danziger Str. 62,
wird abends Näheres vereinbart werden. Für Vorschläge und Ergänzungen
sind wir dankbar.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Für Sonnabend, den 31. Mai,
Sonntag, den 1. und Montag, den 2. Juni, sind Karten für das deutsche
Opernhaus im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof II,
Zimmer 8, zu haben.

Der Sturz in den Abgrund. Ein schweres Autounfall im Gebirge.

Ein furchtbares Automobilunglück ereignete sich in der Nähe
des bayerischen Gebirges „Reit im Winkel“. Ein mit 62
von einem Gebirgsstratenfest heimkehrenden Personen beladenes
Auto stürzte 40 Meter tief in den Raserbach hin-
ab, wobei alle Insassen unter dem Wagen begraben wurden. Der
Wagenlenker, seine Frau und ein 17jähriger Schreiber-
gehilfe waren sofort tot. Zwei andere Insassen wurden durch
Schädelverletzungen und Brustquetschungen schwer verletzt, eine ganze Anzahl
Personen hat Bein- und Armbildungen erlitten. Mindestens 30 Personen
wurden leicht verletzt. Augenzeugen berichten, daß das Wasser des
Raserbachs von dem Blute der Opfer rot gefärbt war. Unberührt
sind nur ganz wenige davongekommen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Kiezpartei. Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, Bezirksversammlung
in der Aula Bohumer Str. 8b. Wichtigste Tagesordnung.
2. Kreis Kiezpartei. Mittwoch, den 28. Mai, 7 1/2 Uhr, bei Tempel, Oud-
str. 7, Sitzung familiärer Ordnung und Beschlüsse.
3. Kreis Wedding. Donnerstag, den 29. Mai, Ausflug, Treffpunkt 8 1/2 Uhr
Bahnhof Wedding (Eingang Einbecker Straße). Abfahrt 1.00 Uhr Schlei-
cher Bahnhof nach Strausberg.

Heute, Mittwoch, den 28. Mai:

1. Abt. 7 1/2 Uhr bei Döngemach, Rammannstraße 38, Mitglieder-versam-
lung. Rein Mitglieder der Abteilung darf teilnehmen. Der Bezirksvorsitzende ist
vertreten.
2. Abt. Die für heute geplante Mitglieder-versammlung fällt aus. — Alle
Mitglieder besuchen die stattfindenden Schulversammlungen.
3. Abt. (nicht 3. Abt.) 7 1/2 Uhr Mitglieder-versammlung im Saalbau Fried-
richshagen (Heiner Gasse). Vortrag des Genossen Dr. Freund, H. 3. 2.
über „Das Sachverständigen-Gutachten des Sachverständigen und die Partei“.
4. Abt. 7 1/2 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung im „Rustföhrer-
Saal“, Söckelstr. 7. Thema: „Kriegsfragen“.
5. Abt. Die im „Vorwärts“ am Dienstag früh veröffentlichte Mitglieder-
versammlung im Friedrichshagen bezieht sich auf die 3. Abt. Die 3. Abt.
hat heute keine Mitglieder-versammlung.
6. Abt. 7 Uhr Mitglieder-versammlung in der Schule Sauerbruchstr. 20.
Tagesordnung: 1. Neuwahl der Abteilungsleitung. 2. Abteilungsange-
legenheiten.
7. Abt. Die Funktionäre der Abteilung treffen sich um 6 1/2 Uhr zu einer
wichtigen Besprechung in der Hochparade, Adickstr. 2-3.
8. Abt. 7 1/2 Uhr Mitglieder-versammlung in der Schulaula Bergmann-
straße 60-62. Neuwahl des Abteilungs-Vorstandes. Die Bedeutung der
Ehrenbelohnungen.
9. Abt. Ehrenbelohnungen. Parteigenossen, deren Kinder die Schule Kost-
mierzstraße besuchen, werden belohnt. Ihre Absätze abzugeben bei
Genossin Weitzel, 3. Durchg. durch (Berliner 5. und 7. Schule).
10. Abt. Kiezpartei. 7 1/2 Uhr Kiezpartei: 1. Gruppe bei Sauer, Krassen-
straße 14; 2. Gruppe bei Sauer, Sauerstr. 17; 3. Gruppe bei
Pauer, Hülshofstr. 26. Neuwahl der Funktionäre.
11. Abt. Kiezpartei. 8 Uhr bei Sauer, Carl-Liebknecht-Str. 42. Mitglieder-
versammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Neuwahl der Abteilung.
3. Parteianglegenheiten.

Morgen, Donnerstag, den 29. Mai:

1. Abt. Treffpunkt zum Ausflug 5 Uhr Bahnhof Großdankstraße.
2. Abt. Treffpunkt zur Parteipartei früh 7 Uhr im Lokal Adoner, Immanu-
elstraße 25.
3. Abt. Kiezpartei. 7 1/2 Uhr Treffpunkt zum Ausflug bei Röber, Roslagarten-
straße 4.
4. Jungmädchenschaft. Gruppe Schöneberg: Tagesfahrt nach dem Fildensee (Bernau).
Treffpunkt morgens 7 Uhr am Bahnhof Schöneberg. Gäste sind herzlich
eingeladen.
5. Männerchor Friedrichshagen. Beiratspartei. Treffpunkt 5 Uhr morgens Schlei-
cher Bahnhof, Wedding. Jede Fruchtkörbe, Erntedankfest und Babington ist
mitzubringen. Genossen als Gäste willkommen.
6. Kreis Kiezpartei. Funktionärenversammlung Freitag, den 30. Mai, 7 1/2 Uhr,
bei Weitzel, Großdankstraße. Hierzu sind eingeladen: Weitzel, Weitzel,
Kiezpartei.

Jugendveranstaltungen.

Abteilung, Abteilungsleiter! Die Beitragsmarken für Mai müssen abge-
rechnet und die Juni-Beitragsmarken abgeholt werden; ferner unser Ab-
teilungsblatt „Jugend voran“ vom Monat Juni.

Abteilung, Abteilungsleiter! Die Postkarten vom Mai-Jugendtag müssen
abgerechnet und die Eintrittskarten zur Sommerfeier abgeholt werden.

Heute, Mittwoch, den 28. Mai, abends 7 1/2 Uhr:

- Kiezpartei:** Jugendheim Schrammstraße, 166. Vortrag: „Erdbeben
Kaiser“. — **Kiezpartei:** Schule Köpenick, Vortrag: „Reformbewegung und
Republik“. — **Kiezpartei:** Jugendheim Schulstraße, Vortrag: „Religion und
Arbeiterbewegung“. — **Kiezpartei:** Mitter, Vortrag: „Religion und
Arbeiterbewegung“. — **Kiezpartei:** Mitter, Vortrag: „Religion und
Arbeiterbewegung“. — **Kiezpartei:** Mitter, Vortrag: „Religion und
Arbeiterbewegung“. — **Kiezpartei:** Mitter, Vortrag: „Religion und
Arbeiterbewegung“.

Wochenblatt Kreispartei. Die Teilnehmer, die am Himmelfahrtstag mit noch
Schulden kommen, treffen sich 8 Uhr früh am Dönnemast (Knoche) über
9 Uhr Kubow, Endelstraße 47.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Internationaler Bund der Kriegsoffer.** Am Mittwoch, den 28. Mai, abends
7 Uhr, im Gemerkhofsaal, Anhalter 24-25. Saal 3, allgemeine
Sonderliche Versammlung Groß-Berlin. Hinderliche, er-
scheint in Reihen zu dieser Versammlung!
- Bezirks Kiezpartei.** C. B. Bezirk Kiezpartei. Freitag, den 30. Mai,
abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaula Cullinstr. 15. öffentliche Mitglieder-versammlung.
Thema: „Bewegung und deren Absicht“. Referent: Stadtrat K. S. S.
- Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“** Kameradschaft 6. Kreis (Kiezpartei).
Freitag, den 30. Mai, abends 7 1/2 Uhr, bei Reim, Urbanstr. 29. Mitglieder-
versammlung. Es wird gebeten, daß alle Mitglieder und solche, die es werden
wollen, recht pünktlich erscheinen.

Wissell zum Sachverständigen-Gutachten

Tagung der Berliner Funktionäre.

Vor den Berliner Funktionären sprach gestern Genosse Wissell
über das Sachverständigen-Gutachten.

Der Reichstag, so führte er aus, steht vor schweren Entschwei-
dungen. Es geht um die Annahme oder Ablehnung des
Gutachtens der Sachverständigen, um die Frage der
Bestätigung des deutschen Schicksals in den nächsten Jahren und
darüber hinaus handelt es sich um den Versuch, auf dem Boden wirt-
schaftlicher Erwägungen aus dem Banne einer nur politischen Ein-
stellung herauszukommen und eine Lösung für eine ersprießliche Zu-
sammenarbeit der unter den Kriegsfolgen leidenden Welt, insbesondere
Europas zu finden.

Handelt es sich hierbei nach deutscher Auffassung im wesentlichen
um den Zahlungsplan, so kommt doch für weite Teile des französischen
Volkes auch das Problem der Sicherung vor nationalen Angriffen
Deutschlands in Frage. Frankreichs Bevölkerungszunahme war
wesentlich geringer als die Deutschlands.

Während vom Ende des Krieges 1870/71 bis zum Ausbruch des
Weltkriegs Frankreichs Bevölkerung von 35,9 auf 39,75 Millionen,
d. h. um 11 Proz., anwuchs, stieg die deutsche Bevölkerung von 40,9
auf 67,9 Millionen, also um 66 Proz.

In der Presse und in Flugblättern wird immer wieder die Tat-
sache des Geburtenrückganges behandelt und es wird dabei behauptet,
daß Deutschland einst Ruhe nehmen werde, wenn Frankreich durch
seine Entvölkerung genügend geschwächt sei. So ist die Furcht vor
einem neuen deutschen Angriff großgezogen worden, nur so wurde
es Poincaré möglich, seine bekannte Politik zu treiben. Wer sich
nicht in diese Urachen des französischen Sicherungswillens hinein-
verlehrt, der wird die Unbeugsamkeit des französischen Sicherungs-
willens unterschätzen und sich politisch falsch einstellen.

Wie die franzosenfeindliche Hege unserer Nationalisten wirkt,
beweist eine Aeußerung der englischen „Morning Post“: „Die Fran-
zosen wären Narren, wenn sie demgegenüber ihre Sicherheit preis-
geben wollten.“

Wenn auch Poincaré jetzt eine Niederlage erlitten hat, so hoffen
doch die Kreise um ihn herum, daß die deutschen Nationa-
listen ihnen durch Sabotage der Sachverständigen-Vorschläge in die
Hände arbeiten werden. Nach der Meinung des Auslandes würde
eine Ablehnung des Sachverständigen-Gutachtens den bösen Willen
Deutschlands hinsichtlich der Verständigung betunden. Gerade nach
der Niederlage des Nationalen Blochs scheint jetzt der Weg zur Ver-
ständigung frei zu sein.

Viele deutsche Politiker sind sich leider über den Willen Fran-
reichs zur Sicherung und über die Gründe der Hartnäckigkeit, mit der
es seine finanziellen Forderungen erhebt, im unklaren.

Als die deutschen Truppen im Spätherbst 1918 Nordfrankreich
verließen, waren dort 54 000 Kilometer Straßen und Wege,
2200 Kilometer Eisenbahnen gänzlich zerstört, weitere 2000 Kilometer
Bahnlinien erheblich beschädigt, 300 000 Wohnhäuser lagen in Schutt
und Asche und 440 000 andere waren schwer beschädigt, 22 900
Fabriken mußten neu aufgebaut oder repariert werden. 1600 Kilo-
meter Kanäle waren zu erneuern, an 2 Millionen Hektar Kulturland
und weitere 1,3 Millionen Hektar sonstiger Boden war wieder herzu-
richten.

Was Deutschland bisher an Wiedergutmachung geleistet

hat, steht nicht einwandfrei fest. Das ist sogar unter den direkt
Beteiligten sehr strittig. Deutschland sagt, es habe 42 Milliarden
gezahlt, die Reparationskommission erklärt, es seien nur 8 Milliarden.
Andere Sachverständige nennen Summen von 25 bis 41 Milliarden.
Die Gründe für diese unterschiedlichen Summen liegen zum Teil in
der verschiedenen Bewertung, zum Teil auch in der bisher noch nicht
gekehrten Abrechnung.

Der Redner schilderte das Reparationsproblem seit Abschluß des
Versailler Vertrages. Nach den vielen vergeblichen Bemühungen hier
eine Lösung zu finden, machte endlich der amerikanische Staatssekre-
tar Hughes in einer Rede in New-York am 20. Dezember 1922
den Vorschlag, einen internationalen unparteiischen Sachverständigen-
ausschuss zur Lösung des Reparationsproblems auf einer wirtschaft-
lichen, von jeder politischen Zielsetzung freien Grundlage einzusetzen.

Diesen Plan durchkreuzte Poincaré durch die Ruhrbesetzung.
Deutschland erklärte durch den Außenminister v. Rosenberg am
16. April 1923, daß es den von Hughes gemachten Vorschlag für
gangbar halte. Am 2. Mai 1923 bietet Deutschland 30 Goldmilliarden
an Anleihe an. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt.

Nachdem der Ruhrkampf Deutschland an den Abgrund ge-
bracht hatte, berief die Reparationskommission endlich am 30. November
1923 zwei Sachverständigenausschüsse ein, die Deutschlands Zahlungs-
fähigkeit prüfen sollten und Anfang April dieses Jahres ihre Arbeit
beendeten. Das wichtigste der beiden Gutachten ist dasjenige des
Zuschusses, an dessen Spitze der amerikanische Sachverständige
Dawes stand.

Dieser Plan ist ein unteilbares Ganzes. Sein Ziel ist
1. die Schaffung einer Einrichtung zur Erzielung der höchsten jäh-
rlichen Zahlungen durch Deutschland, 2. möglichst hohe Ueberweisungen
an Deutschlands Gläubiger zu ermöglichen, 3. die Frage „Was kann
Deutschland zahlen?“ aus dem Bereich der Theorie auf den Boden
der Praxis zu versetzen, 4. ein endgültiges und allumfassendes Ab-
kommen über alle Reparationsfragen und verwandte Probleme zu
erzielen, sobald die Umstände dies ermöglichen.

Deutschland kann nur zahlen, wenn es eine Atempause erhält
und wenn seine Währung wiederhergestellt wird und stabil bleibt.
Das letztere aber ist nur möglich, wenn die deutsche
Wirtschaftseinheit wieder hergestellt wird. Dann kann auch der
Staatshaushalt ausgeglichen werden.

Die Sachverständigen sind sich klar darüber, daß der Erfolg ihrer
Vorschläge in erster Linie aber von der Rückkehr des Vertrauens
abhängt. Wenn diese Bedingung nicht vorher erfüllt wird, läßt sich
die Möglichkeit der Rückkehr des in fremden Ländern angelegten
deutschen Kapitals nicht ins Auge fassen, ebenso wenig, wie die Zeich-
nungen für die im Gutachten vorgesehenen Anleihen.

Arbeitersport.

Die Hargruppe des Arbeiterturn- und Sportbundes bezieht an
den Pfingsttagen ihr Gruppenturnfest. Die Freie Turnerschaft
Goslar verbindet damit das Fest des 20jährigen Bestehens.
Goslar ist in den letzten Jahren immer mehr ein Sammelplatz der
Reaktion geworden. An die Brudervereine wird die herbe Bitte
gerichtet zu helfen, die Pfingsttage zu einer fruchtbareren Werbdaktion
für die Arbeiterturn- und Sportbewegung zu gestalten. Goslar, als
die Berle des Harzes, bietet gerade für die Pfingsttage ein herrliches
Wanderziel. Darum Turngenossen, veranstaltet Pfingsten Turn-
fahrten nach Goslar. Teilnahme an dem Wettturnen für alle Bundes-
vereine offen. Auf Anschrift wird das Uebungsmaterial sofort zu-
geliefert. Vereine, die Quartiere wünschen, wollen diese unter An-
gabe der Zahl bis zum 1. Juni melden. Alle Anschriften sind zu
richten an Turngenosse W. Schacht, Goslar, Bergstr. 6.

Sportplatznot! Der Bezirk Norden II der Freien Turnerschaft
Groß-Berlin veranstaltet am nächsten Sonnabend, abends 8 Uhr, im
Lokal Thiele, Niederschönhausen, Bismarckstr. 44, zum Besten
seines Sportplatzes ein gefälliges Beisammensein mit guten
Darbietungen. Wer die Jugend in sportlicher Beziehung unter-
stützen will, wird um Besuch obiger Veranstaltung gebeten.

An die Vereine des 1. Kreises des Arbeiterturn- und Sport-
bundes. Der Kreis hat bereits im Februar 1924 den Beschluß gefaßt,
den Oberbürgermeister Böß und den Oberpräsidenten der Mark
Brandenburg um eine Beihilfe zum Kreisfest in Spandau zu er-

Der Zahlungspan sieht vor: im ersten Jahre 1000 Millio-
nen, im zweiten Jahre 1220 Millionen, im dritten Jahre 1200 Millio-
nen, im vierten Jahre 1750 Millionen und im fünften Jahre, das
als Normaljahr gilt, 2500 Millionen. Hierbei ist besonders wichtig,
daß diese Zahlungen alle Summen, also auch die Kosten für die Be-
satzungstruppen, der Kontroll- und Ueberwachungskommissionen usw.
umfassen.

Die Sachverständigen begründen die Notwendigkeit eines
„Wohlfstandsindex“, um die Uliierten an einem zunehmenden
Wohlfstand Deutschlands teilnehmen zu lassen. Sie schlagen vor, einen
Jahresdurchschnitt (in der Hauptsache die Jahre 1926 bis 1929) als
Grundlage zu nehmen; ferner die prozentuale Zunahme des Eisen-
bahnverkehrs, der Bevölkerung, des Außenhandels, des Verbrauchs
an Tabak, der Budgetausgaben und des Kohlenverbrauches festzu-
stellen und hieraus den Wohlfast für die den Vertragsleistungen zu-
zuführenden Zuschläge in einem gegebenen künftigen Jahre zu berech-
nen. Für das dritte und vierte Jahr, in dem Zahlungen nach dem
Plan der Sachverständigen geleistet werden, wird eine Erhöhung oder
Verminderung der Zahlungen um je 250 Millionen Goldmark je nach
der Leistungsfähigkeit Deutschlands vorgeschlagen.

Die Quellen der Leistungen nach dem Gutachten sind:
die Staatseinnahmen, die Eisenbahn und die Industrie.

Im Jahre 1924/25 soll der Staatshaushalt in Ordnung gebracht
werden. 1926/27 soll er für die Reparationszahlungen 110 Millionen
Goldmark, 1927/28 500 Millionen und von 1928/29 ab 1250 Millionen
in jedem Jahre ergeben.

Die Eisenbahn wird auf 26 Goldmilliarden veranschlagt.
Davon sollen 11 Milliarden für Reparationszweck hypotheckarisch
sichergestellt werden. Sie sind jährlich mit 5 Proz. zu verzinsen und
mit 1 Proz. zu tilgen. Daneben werden 2 Milliarden Borsugsaktien,
die für den Verkauf an Privatpersonen bestimmt sind, und 13 Mil-
liarden Stammaktien ausgegeben. Dreiviertel des Erlöses der Bor-
zugsaktien werden je nach Bedarf zur Schuldentilgung sowie für
Kapitalausgaben der Eisenbahnen verwendet werden. Die ver-
bleibenden 500 Millionen Mark Borsugsaktien sowie alle Stamm-
aktien gehen an die deutsche Regierung. Aus der Beförderungsteuer
sollen jährlich 200 Millionen Goldmark für Reparationen fließen.

Die Industrie soll mit 5 Milliarden Obligationen belastet
werden. Diese Schuldverschreibungen sind mit 5 Proz. zu verzinsen
und mit 1 Proz. zu tilgen. In jedem Normaljahr sollen sie einen
jährlichen Betrag von 300 Goldmillionen ergeben.

Als Sicherheit für die aus dem Haushalt zu leistenden Zahlungen
werden die Einnahmen aus den Steuern auf Alkohol, Tabak, Bier,
Zucker sowie aus den Zöllen verpfändet.

Durch die Reparationszahlungen soll Deutschlands Währung nicht
zerstört werden. Daher wird ein Ueberweisungsausschuss darüber
machen, bis zu welchem Grade Devisen für die Reparationszahlungen
beschafft werden können. Wird durch Devisenkauf die Währung ge-
fährdet, so wird das Geld bei der zu begründenden Golddiskontbank
bis zum Höchstbetrage von 5 Milliarden Goldmark angesammelt.
Damit ist eine Sicherung gegen die Zerstörung unserer Währung
geschaffen.

Wir müssen die Sachverständigen-Gutachten im Interesse der deutschen Arbeiter annehmen.

Der Ausgang der deutschen Wahlen wird im Auslande nicht ver-
standen. Man begreift nicht, wie ein Volk in unserer Lage mit
seinen letzten Rettungsmöglichkeiten spielen kann. Die „Times“
schrieb im Mai, daß die Nichtannahme des Gutachtens durch
Deutschland einer Katastrophe gleichkomme. Deutschland selbst hat
das Urteil unparteiischer Sachverständigen gefordert. Wie
würde es wirken, wenn heute Deutschland das Gutachten ab-
lehnte? Dawes selbst sagt in seinem Bericht an den Präsidenten
der Reparationskommission: „Die Zurückweisung dieser Vorschläge
durch die deutsche Regierung bedeutet die Wahl einer Fortdauer
der wirtschaftlichen Demoralisation, die als Uebergebnis das deutsche
Volk in hoffnungsloses Elend verstrickt.“

Wir sind erst jetzt in der Stabilisierungskrise. Die
Katastrophe, die eintritt, wenn wir keine Kredite bekommen, ist nicht
abzusehen. Wir sind auf die Kredite des Auslandes angewiesen,
wenn wir leben wollen. Darum bleibt uns nichts anderes übrig,
als dem Gutachten trotz der Belastung zuzustimmen.

Deutschland kann sich heute den Luxus einer Verzögerung dieser
Angelegenheit nicht mehr gestatten. Glauben die Deutschnationalen
wirklich, daß die Amerikaner ihre Dollar für eine Regierung Tirpitz
(Heiterkeit) hergeben würden?

Vor 5 Jahren habe ich gesagt: Wir gehen schweren Zeiten ent-
gegen, in denen

Schmalhaus bei uns Küchenmeister

sein wird. Man hat mir gesagt, daß man damit keine Begeisterung
wecken könne. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, die nackten
Tatsachen mitzuteilen, und ich glaube, daß unser Volk jetzt reif
geworden ist, die brutalen Tatsachen zu ertragen.

Ich habe nicht die schwereren Belastungen durch das Gutachten
verharmlosen, aber keine Annahme ist für uns der einzigste Weg
zur Rettung. Die Zahlungen aus dem Gutachten werden in etwa
38 Jahren erfüllt sein. Niemand weiß, was bis dahin geschehen
kann. (Sehr richtig!) In diesem und im nächsten Reichstag wird
der Kampf um die Verteilung der Lasten gehen. Aber selbst eine
gerechte Verteilung der Lasten wird für die Massen noch genug zu
tragen übrig lassen. Wir können nur hoffen, daß unsere Kinder
und Kindeskindern bessere Tage beschieden sein mögen. (Beifolger
Beifall.)

Von einer Diskussion wurde auf Antrag des Genossen Häufler
Abstand genommen. Nach einem anfeuernden Schlusswort des Ge-
nossen Künzler wurde die Konferenz mit einem begeistert aufge-
nommenen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

suchen. Nachdem zuerst Herr Böß — mit Bedauern natürlich —
abgelehnt hat, kommt unter dem 13. Mai endlich auch der Herr Ober-
präsident zu demselben Resultat. Und unsere Antwort: Erhöhte
Tätigkeit für den Umlauf der Werbemarken für
Spandau!

- Arbeiter-Wahlzettel-Club „Solidarität“, Ortsgruppe Berlin.** Touren
für Sammelzettel, 28. Mai, 1. Abt.: Müggelsee, Start 5 und
12 Uhr Willowstr. 15. 2. Abt.: Altesse-See, Start 5 Uhr Dönnemast-
straße 25. 3. Abt.: Bobertour (Hilfener See (Dabrow), Start 5 Uhr; 1 Uhr
Waldstr. 2. 4. Abt.: Bobertour (Hilfener See (Dabrow), Start 5 Uhr; 1 Uhr
Waldstr. 2. 5. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 6. Abt.:
Waldstr. 2. 7. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 8. Abt.:
Waldstr. 2. 9. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 10. Abt.:
Waldstr. 2. 11. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 12. Abt.:
Waldstr. 2. 13. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 14. Abt.:
Waldstr. 2. 15. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 16. Abt.:
Waldstr. 2. 17. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 18. Abt.:
Waldstr. 2. 19. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 20. Abt.:
Waldstr. 2. 21. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 22. Abt.:
Waldstr. 2. 23. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 24. Abt.:
Waldstr. 2. 25. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 26. Abt.:
Waldstr. 2. 27. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 28. Abt.:
Waldstr. 2. 29. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 30. Abt.:
Waldstr. 2. 31. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 32. Abt.:
Waldstr. 2. 33. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 34. Abt.:
Waldstr. 2. 35. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 36. Abt.:
Waldstr. 2. 37. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 38. Abt.:
Waldstr. 2. 39. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 40. Abt.:
Waldstr. 2. 41. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 42. Abt.:
Waldstr. 2. 43. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 44. Abt.:
Waldstr. 2. 45. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 46. Abt.:
Waldstr. 2. 47. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 48. Abt.:
Waldstr. 2. 49. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 50. Abt.:
Waldstr. 2. 51. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 52. Abt.:
Waldstr. 2. 53. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 54. Abt.:
Waldstr. 2. 55. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 56. Abt.:
Waldstr. 2. 57. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 58. Abt.:
Waldstr. 2. 59. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 60. Abt.:
Waldstr. 2. 61. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 62. Abt.:
Waldstr. 2. 63. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 64. Abt.:
Waldstr. 2. 65. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 66. Abt.:
Waldstr. 2. 67. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 68. Abt.:
Waldstr. 2. 69. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 70. Abt.:
Waldstr. 2. 71. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 72. Abt.:
Waldstr. 2. 73. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 74. Abt.:
Waldstr. 2. 75. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 76. Abt.:
Waldstr. 2. 77. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 78. Abt.:
Waldstr. 2. 79. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 80. Abt.:
Waldstr. 2. 81. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 82. Abt.:
Waldstr. 2. 83. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 84. Abt.:
Waldstr. 2. 85. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 86. Abt.:
Waldstr. 2. 87. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 88. Abt.:
Waldstr. 2. 89. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 90. Abt.:
Waldstr. 2. 91. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 92. Abt.:
Waldstr. 2. 93. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 94. Abt.:
Waldstr. 2. 95. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 96. Abt.:
Waldstr. 2. 97. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 98. Abt.:
Waldstr. 2. 99. Abt.: Müggelsee, Start 5 Uhr; 1 Uhr Waldstr. 2. 100. Abt.:
Waldstr. 2.

Die 16. Abt. des Turn- und Sportvereins „Mittel“ hat in den nächsten
Tagen folgende Begegnungen: 16. Mai auf dem Städtischen
Sportplatz zwischen der Herren- und der Damenmannschaft; am 20. Mai auf dem Teufel-
berg bei Spandau, 21. Mai auf dem Teufelberg bei Spandau, 22. Mai auf dem Teufel-
berg bei Spandau, 23. Mai auf dem Teufelberg bei Spandau, 24. Mai auf dem Teufel-
berg bei Spandau, 25. Mai auf dem Teufelberg bei Spandau, 26. Mai auf dem Teufel-
berg bei Spandau, 27. Mai auf dem Teufelberg bei Spandau, 28. Mai auf dem Teufel-
berg bei Spandau, 29. Mai auf dem Teufelberg bei Spandau, 30. Mai auf dem Teufel-
berg bei Spandau, 31. Mai auf dem Teufelberg bei Spandau.

Konstituierung des neuen Reichstags.

Gen. Bod Alterspräsident. — Namensaufruf. — Geschäftsordnungsdebatte. — Die Kommunisten sprengen die Sitzung.

Gestern trat der Reichstag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Schon lange vor Beginn der Sitzung sind die Publikums-tribünen überfüllt. In der Diplomatensloge haben der englische Botschafter Lord d'Abernon, der amerikanische Botschafter Houghton und Mitglieder der französischen, der polnischen, der belgischen, der italienischen und der tschechoslowakischen Gesandtschaften Platz genommen.

Schon vor 3 Uhr betreten zahlreiche Abgeordnete den Saal. Einige von ihnen erkennt man sofort als Reulinge, weil sie mit brennender Zigarre hereinkommen. Der Kommunist Epstein, mit einem schwarzen Faschistenhemd angetan, sitzt längere Zeit mit dampfender Pfeife auf seinem Platz.

Eine Tagesordnung liegt noch nicht vor, auch amtliche Drucksachen sind noch nicht verteilt worden.

Auf der Pressetribüne haben sich zahlreiche Photographen eingefunden. Die Bänke für die Reichsregierung sind leer, die Bänke der Landesregierungen sind fast besetzt, auch die Mitglieder des Reichsrats haben sich nahezu vollständig eingefunden. Unter den Abgeordneten sieht man u. a. auch die bisherigen Minister Dr. Stresemann und Dr. Gessler. Der bisherige Reichsführer Marx ist zu Beginn der Sitzung nicht anwesend. Ludendorff betritt kurz vor Beginn der Sitzung mit den Nationalisten im Gänsemarsch den Saal. Bald darauf erscheint auch Tirpitz, der von seinen Freunden lebhaft begrüßt wird.

Kommunistenlärm als Aufruf.

Um 3 Uhr 20 Minuten betritt der Alterspräsident, Abg. Bod-Götha (Soz.), den Saal und nimmt am Präsidium Platz.

Er eröffnet die erste Sitzung des Reichstags. Sofort stehen die Kommunisten mit einem tobenden Lärm ein. Sie schreien im Chor: Heraus mit den politischen Gefangenen! Die kommunistischen Frauen schlagen mit den Fäusten auf den Tisch. Auf einmal ertönen aus den kommunistischen Reihen schrille Pfiffe, die Abgeordneten der übrigen Parteien setzen diesem Treiben abwartend zu. Als einige lachen, schreien die Kommunisten: Wir werden euch dasachen eintränten! Schlagt sie in die Freie, wenn sie lachen. Anhaltender minutenlang tobender Lärm. Protestrufe bei den übrigen Parteien. Der Alterspräsident bringt mit seiner Stimme nicht durch.

Während begibt sich der kommunistische Abg. Kah, ehe noch der Reichstag konstituiert ist und ohne, daß er das Wort erhalten hat, auf die Rednertribüne und verliest einen Antrag, der die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen fordert. Lebhafter Widerspruch auf der Rechten. Es herrscht minutenlang Lärm. Die Kommunisten schreien und toben, die Vertreter der anderen Parteien rufen: Schluß! Der Abg. Kah beantragt, seinen Antrag sofort auf die Tagesordnung zu setzen. Als er geendet hat, klatschen die Kommunisten stürmisch Beifall.

Der Namensaufruf.

Der Alterspräsident Abg. Bod stellt dann fest, daß er das Älteste Mitglied des Hauses ist, da er am 28. April 1846 geboren ist. Er übernimmt das Amt mit dem lebhaften Wunsche, daß die auf den neu gewählten Reichstag gesetzten Hoffnungen sich erfüllen mögen. (Stürm. Gelächter bei den Komm.)

Zu Schriftführern werden ernannt die Abgg. Philipp (Dn.), Frau Teusch (Fr.), Frau Agnes (Soz.), Eichhorn (Komm.). Sie nehmen am Präsidium Platz, und der Namensaufruf beginnt. Wenn ein kommunistischer Abgeordneter aufgerufen wird, der sich augenblicklich in Haft befindet, rufen die Kommunisten stürmisch: Heraus mit den politischen Gefangenen! Als Dr. Breitscheid (Soz.) sich nicht meldet, rufen die Kommunisten: Ist auf Geschäftsreisen befindlich! (Heiterkeit.) Beim Namensaufruf des Abg. Emminger (Bayer, Sp.) rufen sie: Justizverdröcker! Schützt! Als ein weiterer kommunistischer Abgeordneter aufgerufen wird, der in Haft ist, rufen die Kommunisten: Er sitzt im Gefängnis, und Ludendorff sitzt im Reichstag! Bei dem Namen Ludendorff erheben die Kommunisten ein ohrenbetäubendes Geschrei. Die Nationalsozialisten antworten mit Heilrufen. Der Abg. Schölem (Komm.) hebt eine blaue Pfeife hoch, die er dann auf den Tisch des Hauses niederlegt. Der Lärm dauert längere Zeit an.

Als der Kommunist Schölem aufgerufen wird, antwortet er: Hier, ich werde Euch schon noch aufreuen. (Gelächter.) Der Name Seering wird von den Kommunisten mit Rufen: Pfui! Wieder mit dem Betrüger, Bluthund! begrüßt. Beim Namen Sölkman ruft Schölem: Sind Sie noch nicht drüben bei den Deutschnationalen? Als Tirpitz aufgerufen wird, veranstalten die Kommunisten ein Pfeifkonzert auf den Fingern.

Die Abgeordneten, die beim ersten Aufruf nicht geantwortet haben, werden dann zum zweiten Male aufgerufen. Hierbei wiederholen sich immerfort die lauten Rufe der Kommunisten: Im Gefängnis, in Schußhaft usw. Als bei dem Namen Kriebel auch einige Nationalsozialisten antworten: Im Gefängnis!, rufen die Kommunisten ihnen zu: Ihr könnt das noch nicht, Ihr müßt das noch lernen!

Das Ergebnis der Auszählung.

Als der Namensaufruf beendet ist, rufen die Kommunisten: Da ist ein schöner Stall bekommen. Die Schriftführerin Frau Agnes verliest die Liste der eingegangenen Vorschläge; darunter befinden sich die Sachverständigengutachten, einige Vorschläge mit den Randblättern, eine Denkschrift über die Befreiungskosten und ein Bericht der Reichsschuldenkommission für 1924. Darauf tritt eine Pause ein, während der die Schriftführer die Präsenz des Reichstags feststellen.

Darauf teilt Alterspräsident Genosse Bod mit, daß die Auszählung die Anwesenheit von 449 Abgeordneten ergeben habe und daß das Haus somit beschlußfähig sei. Er läßt ferner die eingegangenen Anträge verlesen. Vorher den bereits bekannten nationalsozialistischen Anträgen auf Haftentlassung Kriebels und Aufhebung des Verbots von politischen Parteien und Vereinen befinden sich darunter eine Reihe kommunistischer Anträge, die die sofortige Haftentlassung von Abgeordneten verlangen.

Darauf entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte.

Eine provozierte Geschäftsordnungsdebatte.

Der Abg. Kah (Komm.) beantragt, die Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen sofort auf die heutige Tagesordnung zu setzen. Er macht ferner darauf aufmerksam, daß sich im Vorraum bewaffnete Schußpolizei aufhalte (Stürmisches Geschrei bei den Komm.), ausgerüstet mit allen möglichen Wurfgeschossen (Heiterkeit), von deren Anwesenheit dem Präsidenten nichts bekannt sei. Sie sei also wohl von dem hier anwesenden Herrn Weismann herbeigebracht (Staatskommissar Weismann steht am Bundesratsstisch.) Der Redner protestiert gegen diese Polizeimaßnahmen.

Abg. Dittmann (Soz.) ist der Meinung, der Reichstag müsse sich erst konstituieren, ehe er in seine sachlichen Beratungen einreten könne. Sobald aber der Vorstand und die ständigen Ausschüsse gewählt seien, würden die Sozialdemokraten dafür stimmen, daß die Strafverfahren gegen Reichstagsmitglieder

eingestellt werden, und zwar im Plenum selbst ohne Ausschußberatung und sowohl zugunsten Kriebels wie zugunsten der kommunistischen Gefangenen.

Abg. Schölem (Komm.) erklärt: Die vornehmste Aufgabe des Parlaments ist es, die Abgeordneten in Freiheit zu setzen, die von der Regierung dieser Schieberrepublik

in Haft gesetzt worden sind. (Gelächter.) Noch heute vormittag ist das Reichstagsgebäude von Spitzeln der Abteilung IA haufenweise umgeben gewesen, die noch den einen oder anderen Abgeordneten kriegen wollten. Das gelang ihnen aber nicht. Die Spitzeln mußten mit langer Nase abziehen. (Schallende Heiterkeit.) Ich freue mich über Ihren allgemeinen Beifall (Zuruf beim Zentrum: Beifall! Sie haben ein dickes Fell) und Sie einen dicken Bauch. (Schallende Heiterkeit.) Das Verbot der kommunistischen Partei in Bayern ist ungesetzlich. Trotzdem sind kommunistische Abgeordnete bei einer Besprechung in München verhaftet worden. (Rufe: Zur Geschäftsordnung!) Hendemann ist festgenommen worden, weil er 1921 vor seiner Wahl in den Reichstag das „Echo des Ostens“ in Königsberg verantwortl. gezeichnet hat. (Hört! hört! bei den Komm.) Lindau ist gestern in Hamburg von Hunderten von Spitzeln gesucht und nach seiner Verhaftung nach Berlin gebracht worden.

Abg. Fehrenbach (Z.): Die Geschäftsordnung des Reichstags besteht noch heute, Sie haben sich daran zu halten. (Lärm b. d. Komm.) § 13 der Geschäftsordnung bestimmt, daß der Alterspräsident den Namensaufruf der Mitglieder vornimmt (Ruf b. d. Komm.: Sie müssen also da sein!), und wenn die Beschlußfähigkeit festgestellt ist, den Vorstand wählen läßt. Dazwischen darf also nichts geschehen. Ich bitte den verehrten Alterspräsidenten, keinerlei Diskussion und Anträge mehr zuzulassen.

Alterspräsident Gen. Bod: Damit sind die Anträge erledigt. (Ruf b. d. Komm.: Das ist die christliche Nächstenliebe! Der Abg. Roenen meldet sich zum Wort, der Präsident gibt es ihm nicht.)

Ich beäume die nächste Sitzung auf morgen 12 Uhr an zur Wahl des Vorstandes und Beratung der schleunigen Anträge.

Abg. v. Grasse (Dn.): Ich kann mit dem Abg. Fehrenbach nicht anschließen. Trotz der Geschäftsordnung kann ein schleuniger Antrag eingeschoben werden. Es muß jedem Abgeordneten Gelegenheit gegeben werden, an der Wahl des Präsidenten teilzunehmen. Wir hätten schon heute der Freilassung der Abgeordneten ohne Debatte zustimmen können. Ich beantrage nun, diese schleunigen Anträge morgen vor der Wahl des Präsidenten auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Roenen (Komm.): In den Gefängnissen der Republik schmachten 8000 politische Gefangene. Der Präsident Löbe konnte nichts mehr für die Freilassung der Gemäßigten tun. Die Reichstagsleitung kümmerte sich den Dreck darum. Auch in zwei früheren

Fällen beschloß der Reichstag sofort bei der Eröffnung die Freilassung von Abgeordneten. Ich beantrage, morgen also vor der Wahl unsere Anträge auf Freilassung der Abgeordneten und der politischen Gefangenen, auf Aufhebung des Ausnahmezustandes und auf Aufhebung des Verbots der „Roten Fahne“ auf die Tagesordnung zu setzen. Ferner muß mit der Bayerischen Ordnungszelle ausgeräumt werden. Sie sollen nicht auf die Arbeiter heruntretampeln und ihnen Faustschläge ins Gesicht verfehlen. (Händeklatschen bei den Komm.)

Die Kommunisten sprengen die Sitzung.

Abg. Thälmann (Komm.): Die kommunistische Partei steht auf dem Standpunkt, daß für sie eine Geschäftsordnung des bürgerlichen Parlaments nicht gilt. (Lebh. Beifall und Händeklatschen b. d. Komm.) Wir verlangen die Freilassung derjenigen, die auf Grund des allgemeinen freien, gleichen und geheimen Wahlrechts gewählt sind und wir fordern, daß unsere Vertreter im Parlament zugelassen werden. Die Gefangenen, sie leben hoch! (Die kommunistische Fraktion stimmt dreimal in diesen Ruf ein.) Redner fährt fort: Die Internationale lebe hoch!

Die Mitglieder der kommunistischen Fraktion bringen ein dreimaliges Hoch auf die Internationale aus und beginnen hierauf im Chor die Internationale zu singen. Der Präsident schwingt unaufhörlich die Glocke. Mitten in den Gesang hinein ertönen auch in den Reihen der Kommunisten schrille Pfiffe. Die bürgerlichen Parteien stimmen hierauf das Lied: „Deutschland, Deutschland über alles“ an. Während die Kommunisten weiter singen, verlassen die bürgerlichen Mitglieder und die Sozialdemokraten langsam den Saal. Schließlich gingen auch die Kommunisten, nachdem sie die Internationale ausgesungen hatten. Der Alterspräsident hatte schon während des Gesanges seinen Platz verlassen.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Der Alterspräsident des Reichstags, der infolge der Unruhe die Eröffnungssitzung abbrechen mußte und deshalb die Tagesordnung für die nächste Sitzung nicht mehr verkünden konnte, hat die nächste Sitzung auf Mittwoch, den 28. Mai, vormittags 11 Uhr anberaumt und auf die Tagesordnung gesetzt: Die Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer; den Nationalsoz. Antrag auf Aufhebung der Festungshaft des Abg. Kriebel; den Antrag derselben Fraktion auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes, sowie wegen Aufhebung der Verbote von politischen Parteien; die Anträge der Kommunisten auf Aufhebung der Gefängnishaft des Abg. Labemann und der Untersuchungshaft der übrigen inhaftierten kommunistischen Abgeordneten.

Finanzdebatte im Landtag.

Statsrede des Genossen Lüdemann — Das Zentrum gegen Ludendorff und die Nationalisten.

Genosse Lüdemann führte in seiner gestrigen Rede im Landtag, die wir zum Teil bereits im Abendblatt brachten, weiter aus:

Der Finanzminister ist mit seiner Finanzlage nicht zufrieden. Er behauptet, ohne Ordnung im Haushalt keine Anleiheemissionen. Er wird uns an keiner Seite finden, wenn es gilt, Mittel und Wege für die finanzielle Ordnung ausfindig zu machen, natürlich unter Schonung der breiten Massen. Anscheinend muß man im Reich eine ganz andere Auffassung über die Finanzlage haben; denn sonst wäre die

Art der Beamtenbesoldung einfach nicht zu verstehen.

Diese Art der Besoldung bedeutet ein schreiendes Unrecht an den unteren und mittleren Beamten. Deren Bezüge waren bisher schon über die Maßen gering. Aber was sehen wir nun? Die Gehälter werden einfach den Höhen der Vorkriegszeit angepaßt. Dabei entfallen auf die unteren Beamtengruppen Aufbesserungen bis etwa 10 Proz. auf die oberen Beamtengruppen dagegen solche bis 50, 60 und 70 Proz. Die unteren Beamtengruppen erhalten Zulagen von 10 und 21 M., die oberen solche von 100 bis 300 M. Wir würden sehr gerne eine Erklärung der preussischen Staatsregierung darüber hören, wie sie sich zu dieser Art von Beamtenaufbesserung und Beamtenbesoldung stellt. Es wäre interessant zu hören, ob die Reichsregierung sich vorher auch über die Auffassung der preussischen Staatsregierung in diesen Dingen informiert hat. Wir stehen jedenfalls vor folgender merkwürdiger Situation: Der preussische Finanzminister weiß nicht, woher er das Geld nehmen soll, um den alten Verpflichtungen nachzukommen, die Reichsregierung dagegen hat Geld genug, um eine unsoziale Regelung der Gehälter vorzunehmen. Der preussische Finanzminister betont, daß gewisse notwendige Kulturaufgaben infolge der Finanzlage zurückerstattet werden müssen, die Reichsregierung aber hat Geld genug, um die höheren Beamten nachzuwerten. Die preussische Wohlfahrtspflege, wir betonen das, darf nicht abgebaut, sie muß ausgebaut werden. Das gleiche gilt für die Schule und für das Bildungsgebiet. Wir wollen nicht, daß die Volksschule das Höhenrücken werden soll. Die Kinder der Volksschule haben ein Recht auf eine ebenso gute Erziehung wie die Kinder der wohlhabenden Schichten. Und bei der Hochschule sind wir dafür, daß die Gebährten gestärkt und gestundet werden je nach der sozialen Lage der Studierenden, damit die Köpfe der heranwachsenden Generation des Proletariats ebenfalls an den Universitäten dem Studium obliegen können. Wenn kein Geld da ist, dann soll man sparen. Obiegenheit gibt es genug. Deutsche Loge, auch solche, die von Gemeinderneuerungen arrangiert werden, dienen jedenfalls nicht der Sparlamkeit.

Die Kollegelder an den Hochschulen müßten gestärkt werden; Einbindung sei in weitem Umfange zu gewähren. Auf dem Wege der Hauszinssteuer werde man nicht zu einer Belebung der Bauwirtschaft kommen, zum mindesten würden kleine Wohnungen nicht gebaut werden für den wohlhabenden Mittelstand werde gesorgt, nicht aber für den Arbeiter. Der Bau werde auch vorverwert, weil noch immer viele Baustoffe zurückgehalten würden, wie man es auch auf anderen Gebieten, z. B. bei Textilwaren, beobachten könne. So würden die Preise künstlich hochgehalten. Die Geschäftsgebarung der Kartelle und Syndikate müsse scharf kontrolliert werden. Die Kreditnot habe ihre Ursache auch darin, daß Deutschland einen viel zu großen Produktionsapparat und einen ungeheuren Leerlauf habe. Die Waren müßten heraus. (Zuruf rechts: Finden ja keine Abnehmer!)

Es müssen eben zunächst die Preise abgebaut werden.

Zu den zahlreichen Konkursen sei zu sagen, daß wir ohne Liquidation überflüssiger und lebensunfähiger Unternehmungen wirtschaftlich nicht gerunden könnten. Die Politik der Reichsbank mit der Droffsetzung der Kredite müsse fortgesetzt werden. Unvorstelllich

sei, daß der Landwirtschaftsminister höhere Zölle für die Landwirtschaft in Aussicht gestellt habe, die die Lebensmittel wieder verteuern würden. Die Regierung will sparen und habe produktive Ausgaben wie solche in der Auslieferung von Ostlandereien und Mooren ab. Die Kronvermaltung verursache noch immer eine Ausgabe von über drei Millionen. In Wäandern werde eine neue preussische Gefängnishaft, die mit der neuen Struktur des Reiches nicht mehr vereinbar sei, eingerichtet. Das seien wirklich überflüssige Ausgaben. Die Ruhr könne nur durch eheliche Leistungen von Reparationen wieder freigemacht werden. Leider werden durch rechts- und linksradikale Elemente die Erfüllungsbereitschaft sabotiert. Der Umfchwung in Frankreich und England begünstige aber die Entwicklung und das Sachverständigengutachten sei eine Grundlage für Verständigung.

Die Deutschnationalen

müßten wieder an die Futtertrippe heran, ein sachliches Programm aber ließen sie vermissen. Der gesunde Sinn des deutschen Volkes werde über die Tageserfolge der Rechts- und Linksradikalen den Sieg davontragen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Ein Regierungswortleiter beantwortete die Große Anfrage der Sozialdemokraten, die einen im Juli 1923 im Kreise Ebernstraße wegen Lohnunterschieden ausgebrochenen Landarbeiterstreik betrifft. Die Regierung läßt erklären, daß die Einlegung der Technischen Ratschläge nach den bestehenden Richtlinien ohne Rücksicht darauf erfolgen mußte, ob die Ursache des Streiks berechtigt war oder nicht, die Voraussetzungen für die Einlegung der Leos seien gegeben gewesen; die Staatsregierung habe also keinen Anlaß, den Regierungspräsidenten von Schleswig zu reaktivieren.

Abg. Dr. Heß (Z.): Was den Personenabbau betrifft, so muß der Beamtenabbau so schnell wie möglich beendet werden. (Lebh. Zustimmung.) Bei den Nationalisten spielen Großmäuligkeit, Gedankenlosigkeit, Etappencourage eine große Rolle. Daß ausgerechnet ein Mann mit bangvollem Namen wie Ludendorff es für nötig gehalten hat, gegen die Katholiken vom Veder zu ziehen, hat uns doch gewundert. Wenn er keine Angriffe direkt gegen die höchste Stelle der katholischen Kirche gerichtet hat, so hat er offensichtlich vergessen, daß ihm feinerzeit von Rom aus einmal ein Dienst erwiesen worden ist. Peinlich berührt es jedenfalls, wenn die deutsche Regierung sich bei den fremden Regierungen für das entschuldigende müßte, was Ludendorff im Münchener Prozeß von sich gegeben hat. Für Ludendorff ist die Politik ein Buch mit sieben Siegeln; er ist von einer geradezu erschreckenden politischen Unwissenheit. Ob es wohl ein Volk in der Weltgeschichte gegeben hat, das nach einem verlorenen Kriege seinen Heerführern so viel politische Bewegungsfreiheit gegeben hat wie die deutsche Demokratie? (Zustimmung links und in der Mitte, Lärm rechts. Rufe: Unerhört!)

Ist es jemals erlebt worden, daß man derartigen Militärs solche aggressiven Maßnahmen gegen die Mehrheit ihres Volkes erlaubt hat, wie sie Ludendorff im Münchener Prozeß von sich gab?

(Sehr gut!) Natürlich haben seine politischen Trabanten ihn noch überboten. Aber auch der Evangelische Bund hat sich wieder auf den Kriegspfad gegen den Katholizismus begeben. War das in einer Zeit wie der jetzigen nicht zu vermeiden? Die Frage der Auflösung des Bündnisses, die die Kommunisten in einem Antrag aufwerfen, bedarf genauerer Ermägung und Prüfung. Die große Koalition hat sich in Preußen eine Reihe von Jahren bemüht; Preußen hat in Deutschland die eigenartige Ordnungszelle gebildet. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Windler (Dn.): Ich möchte Herrn Dr. Heß nur das eine erwidern, daß der Verlust des Krieges nicht den Heerführern,

(sondern denen zu verbieten war, die die Krone lahmgelegt haben. (S. 10 links.) Der Finanzminister findet mit seinen Ausführungen bei der Einbringung des Haushaltsplans in großen Umfang unsere Zustimmung. Wir freuen uns des Erfolgs, den die Weisen erlitten haben. Daß den Weisen an dem Preußen von heute vieles nicht gefällt, kann man ihnen nachfühlen. Eine Gesundung der deutschen Verhältnisse ist nur möglich mit einem starken Preußen. Mögen doch die Hannoveraner von innen heraus Preußen erobern! Der 4. Mai hat gezeigt, daß zwei Drittel der Sitze dieses Hauses den Bürgerlichen gehören würden; dem widerspricht eine preussische Regierung unter sozialdemokratischer Führung. In den Gemeinwesen ist der Ruck nach rechts noch nicht größer gewesen. Herr Seewering soll mit seinen Verböten gegen Kriegsteilnehmer, die ihren gefallenen Kameraden Ehrenmäler errichten wollen, nur so fortfahren; er schweigt damit nur fester zusammen, was zusammen gehört und nur durch das eiserne Parteiwesen auseinandergehalten wird, was aber nach ihm kommen und in Preußen Ordnung schaffen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Wiemer (D. Sp.) erklärt, daß kurzzeitig kein Anlaß zur Auflösung des Landtags vorliege. Der Wahlkampf im Reich allein sei kein ausreichender Grund. Auf den Streit über die Vaterpflicht an der Rentenkasse wolle er nicht eingehen. Jetzt komme es darauf an, daß die Parteien in den Wettbewerb eintreten, die Rentenmark zu erhalten und zu kräftigen. (Beifall.)

Finanzminister Dr. v. Richter erklärte, durch die Besetzungserhöhung im Reich seien sämtliche Länder, so auch Preußen, überlastet worden. (Hört, hört!) Die Länder sind in der Wehrzahl nicht in der Lage, dem Beispiel des Reiches zu folgen. Erst wenn sich die Verhältnisse gebessert haben, kann in Preußen an eine Aufbesserung herangetreten werden. Zu bedauern sei, daß die Reichsregierung diesem Gesichtspunkt nicht Rechnung getragen habe. Freilich könne man den preussischen Beamten auf die Dauer die Aufbesserung nicht versagen. Die Auseinandersetzung mit dem früheren Königshause sei gefördert worden. Die rechtlichen Fragen seien aber sehr kompliziert. Deshalb habe er mit dem Justizminister schon früher einen Vergleich dem Reichsminister vorgezogen. Der Minister schloß mit einer dringenden Warnung vor Erhöhung laufender Ausgaben ohne Deckung, er werde sich unter keinen Umständen Beschlüssen des Landtages beugen, die den Etat entzweihschneiden. (Beifall.)

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.): Neuwahlen in Preußen würden ein weiteres Anwachsen der Fraktionsparteien links und rechts bringen. Der Redner geht ausführlich auf den „Banditenüberfall“ auf die sowjetrussische Handelsvertretung in Berlin ein; die neue deutsche Angriffspolitik gegen Sowjetrußland werde höchst schmerzhaft. Mittwochs 11 Uhr: Weiterberatung. Schluß 5 1/2 Uhr.

Wirtschaft

Entwicklungstendenzen im englischen Bergbau.

Mitte Mai fand im Unterhaus die zweite Lesung des von Mitgliedern der Labour Party eingebrachten Rationalisierungsgesetzes für Bergwerke statt. Der Gesetzentwurf wurde schließlich mit 264 gegen 168 Stimmen abgelehnt und nach der englischen Verfassung gilt er damit als begraben. Wenn auch in den letzten Jahren nach dem großen Streit die Engländer — Arbeiter und Unternehmer — es vermieden haben, die sozialen Spannungen im Bergbau auf den Siedepunkt zu steigern, so ist doch nicht anzunehmen, daß die englischen Bergleute und mit ihnen ein großer Teil der öffentlichen Meinung, auch im bürgerlichen Lager, mit jener Abstimung auch den Gedanken einer zweckmäßigeren Organisation des englischen Bergbaus aufgegeben haben. Die ablehrende Abstimmung richtet sich nämlich, wie Lord George als Sprecher der Liberalen betonte, weniger gegen den Gedanken der Verstaatlichung der Bergwerke, als vielmehr gegen die Zusammenfassung der im Gesetzentwurf vorgesehenen Verwaltungskörperschaften, in denen der englische Bergarbeiterverband, der von 1 200 000 Bergarbeitern 800 000 vertritt, eine überlegene Stellung einnehmen sollte.

Die geplante Rationalisierung lehnte sich eng an die Richtlinien an, die seinerzeit die sog. Saxon Commission zur Regierungszeit Lord Georges aufstellte. Saxon, der Vorsitzende dieser Kommission, empfahl die Verstaatlichung der Bergwerke, bei deren Verwaltung ein Bergwerksrat, vergleichbar etwa unserem Reichsobersteuerrat, mit beratender Funktion teilzunehmen hätte. Der englische Bergarbeiterverband, auf dessen Initiative der neue Gesetzentwurf zurückzuführen ist, wollte das Recht zum Betrieb der Werke, Verkauf, Verteilung und Export der Produkte, Festsetzung der Löhne und Preise, schließlich auch das Recht, die Ausbeutung der Bergwerke nachweise Dritten zu überlassen, auf den Bergwerksrat übertragen wissen. Dieser sollte sich wie folgt zusammensetzen: Der Vorsitzende (Bergwerksdirektor) und 10 Mitglieder sind von der Krone zu ernennen, 10 weitere stellt der englische Bergarbeiterverband mit einer fünfjährigen Amtsdauer, aber dem Recht der jederzeitigen Abberufung. Ähnlich war auch die Zusammenfassung der Bezirke- und Werksräte gedacht. Die Entschädigung der Bergwerksbesitzer war durch Abfindungsgelder geplant, deren Kennwert eine Sechserkommission (3 Arbeiter, 3 Bergw., 4 Regierungsvertreter) festzusetzen hätte.

Daß außer den Liberalen, von denen immerhin einige für das Gesetz stimmten, auch die Konservativen sich ablehnend verhielten, kann nicht wundernehmen, höchstens die abgegriffenen Argumente des konservativen Sprechers von der Unrentabilität der Unter-

nehmerinitiative und den Vorzügen der privaten Ausbeutung gegenüber der staatlichen Bewirtschaftung. Sie konnten die einseitigen Reden der Labour-Kadaver und auch des Bergwerksministers, der das Gesetz warm befürwortete, nicht entfrachten. Es leben 4 1/2 bis 5 Millionen Engländer entweder mittel- oder unmittelbar von der Bergarbeit. 1 200 000 Bergarbeiter brachten im letzten Jahre unter Einsatz von Gesundheit und Leben 279 Millionen Tonnen Kohlen zutage. In den letzten 12 Jahren, so führte der Labour-Sprecher an, hat das Bergkapital 260 Millionen Pfund Sterling an Profiten gezogen, das ist doppelt soviel wie das gesamte Anlagekapital des Bergbaus. Schon heute ist eine weitgehende Konzentration in der englischen Montanindustrie zu beobachten. Fünf Gesellschaften kontrollieren mehr als die Hälfte der Förderung von Südwales, des wichtigsten Kohlenreviers, und weitere 34 Gesellschaften beherrschen nicht weniger

Frankfurt mit den Wohlfahrtsbriefmarken für die „Deutsche Nothilfe“!

als 255 000 Bergarbeiter. Auf diesem Wege dürfte der britische Bergbau nicht fortschreiten, die Werke sind vielmehr in das Eigentum des Volkes überzuführen. Dann könnten auch die Erträge durch eine großzügige Organisation noch beträchtlich gesteigert werden.

Wie aus englischen Bergarbeiterkreisen verlautet, beabsichtigt die Labour-Party einen abgeänderten Gesetzentwurf zur Rationalisierung demnächst wieder einbringen zu lassen. Wie diesmal wird es sich dabei um einen Initiativantrag einzelner Mitglieder handeln, da die Labour-Regierung, so erklärte der Bergwerksminister Shinwell, die Verfolgung einer Politik der Verstaatlichung in ihrem Regierungsprogramm nicht ausdrücklich vorgegeben hat, wohl aber einer solchen Sympathie gegenübersteht. Die Absicht geht dahin, nicht die Verstaatlichung der Gruben nach dem bisherigen Schema erneut zu fordern, sondern ihre Einbringung in eine große private Gesellschaft unter staatlicher Aufsicht. Dabei würde der private Unternehmungsgeist nicht ausgeschaltet werden, dennoch aber die größtmöglichen Vorteile in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht zu erreichen sein. Für die Werke in den schlechter gestellten Revieren denkt man an eine Unterstützung durch einen Ausgleichsfonds. Man hofft durch die Formulierung des neuen Antrags den Liberalen die Ablehnung, besonders nach den Erklärungen, die sie in der letzten Debatte abgaben, beträchtlich erschweren zu können. Immerhin ist es fraglich, ob unter den jetzigen Wehrverhältnissen in England eine so großzügige Umwandlung des privaten Bergbaus sich durchsetzen lassen. Vielmehr liegt die Bedeutung der Initiative der Labour Party darin, zu zeigen, welche Maßnahmen eine Labour-Regierung ergreifen würde, die eine sichere Mehrheit hinter sich weiß. Es handelt sich hier um Vorpostengefächte um die Sozialisierung, deren Ausgang für die deutsche Arbeiterschaft, besonders im Hinblick auf die furchtbaren wirtschaftlichen Erschütterungen infolge des gegenwärtigen Konflikts an der Ruhr, von größtem Interesse ist.

Sozialreaktionäre als Wirtschaftspolitiker.

Der Verein deutscher Werkzeugmaschinenfabriken hielt am letzten Montag seine Hauptversammlung im Hotel Kaiserhof ab. Der Vorsitzende des Vereins, Generaldirektor Beder (Rhein-Raff) berichtete über die wirtschaftliche Lage, die er für verhängnisvoll erklärte, wie er sie noch nie erlebt hätte. Nach der Stabilisierung der Mark folgte im Werkzeugmaschinenbau ein Aufschwung ein, der aber nur von kurzer Dauer war, da nur der dringende Bedarf infolge der Geldknappheit gedeckt werden konnte. Nach den Ermittlungen der deutschen Werkzeugmaschinenindustrie betrage der Beschäftigungsgrad in diesem Wirtschaftszweig höchstens 50 Proz. bei der Großwerkzeugmaschinenindustrie.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus-Berlin.

Gerstengraupen, lose ..	15,00—16,50	Malzkaffee, gepackt ..	22,00—24,00
Gerstengrütze, lose ..	15,00—15,75	Rösgetreide, lose ..	16,50—18,00
Haferflocken, lose ..	14,75—15,50	Kakao, fettarm ..	102,00—112,00
Hafergrütze, lose ..	13,50—16,25	Kakao, leicht entölt ..	115,00—130,00
Roggenmehl 0/1 ..	11,25—12,75	Tea, Souchon, gepackt ..	350,00—400,00
Weizenmehl ..	16,75—18,25	Tea, indischer, gepackt ..	425,00—500,00
Hartweizen ..	21,75—25,50	Inlandszucker basis 96 ..	35,50—38,50
Maisgrütze ..	—	Inlandszucker Raffinade ..	38,50—40,75
70% Weizenmehl ..	13,00—14,50	Zucker Würfel ..	45,00—48,00
Weizen-Auszugmehl ..	15,00—21,00	Kunsthonig ..	28,00—32,00
Speiseerbsen, Viktoria ..	18,75—19,00	Zuckersirup hell in Eim ..	40,00—45,00
Speiseerbsen, kleine ..	18,75—18,75	Speiseerup dunkl. in Eim ..	26,50—30,50
Bohnen, weiße, 1er ..	21,00—24,00	Marmelade Einr. Erbh. ..	95,00—110,00
Langbohnen, handverles. ..	22,00—30,50	Marmelade Vierfrucht ..	35,00—42,50
Linsen, kleine ..	27,00—30,00	Pflaumenmus in Eimern ..	40,00—44,00
Linsen, mittel ..	31,00—37,50	Steinsalz, lose ..	3,10—3,70
Linsen, große ..	39,00—46,00	Siedesalz, lose ..	4,00—4,70
Kartoffelmehl ..	18,75—21,00	Bratenschmalz in Tierces ..	62,00—63,00
Makkaroni ..	27,00—43,00	Bratenschmalz in Kübeln ..	64,00—65,00
Makkaronimehl ..	34,00—36,00	Purelard in Tierces ..	61,00—62,00
Schnittwuden, lose ..	18,00—21,00	Purelard in Kisten ..	61,50—63,00
Brucoreis ..	14,50—16,25	Speiseeig in Packung ..	50,00—53,00
Brucoreis ..	16,50—18,25	Speiseeig in Kübeln ..	48,00—50,00
Rangoon Reis ..	24,00—31,00	Margarine, Handelsm. I ..	58,00
Tafelreis, glasiert, Patna ..	30,50—36,50	desgl. II ..	52,00—55,00
Tafelreis, Java ..	30,50—36,50	Margarine, Spezialm. I ..	76,00
Ringpfla, amerik. ..	82,00—86,00	desgl. II ..	61,00—65,00
Getr. Pflaumen 90/100 ..	42,00—45,00	Margarine III ..	46,00—49,00
Pflaumen, entsteint ..	50,00—55,00	Molkereibutter i. Fässern ..	177,00—182,00
Cal. Pflaumen 40/50 ..	68,00—72,00	Molkereibutter in Pack ..	185,00—188,00
Rosinen in Kisten, Candia ..	70,00—82,00	Landbutter ..	140,00—145,00
Sultaninen Caraburnu ..	72,00—90,00	Auslandbutter in Fässern ..	177,00—182,00
Korinthen, choice ..	72,00—78,00	Auslandbutter in Pack ..	188,00—188,00
Mandeln, süße Bari ..	135,00—150,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K. ..	33,00—36,00
Mandeln, bittere Bari ..	135,00—150,00	Speck, gesalzen, fett ..	62,00—72,00
Zimt (Cassia) ..	186,00—118,00	Quadratkäse ..	22,00—25,00
Kümmel, holländischer ..	120,00—125,00	Quarkkäse ..	35,00—50,00
Schwarzer Pfeffer Singap. ..	95,00—108,00	Tilsiter Käse, vollfett ..	105,00—115,00
Weißer Pfeffer ..	180,00—215,00	Aus. ungezuckr. Condensmilch 48/16 ..	20,75—23,50
Rohkaffee Brasil ..	180,00—215,00	Inländische desgl. 48/12 ..	17,50—18,50
Rohkaffee Zentralamerika ..	220,00—285,00	lnl. ges. Condensm. 48/14 ..	37,00—38,00
Röstkaffee Brasil ..	230,00—280,00		
Röstkaffee Zentralam. ..	330,00—375,00		

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

folgt nur 10 Proz. der Leistungsfähigkeit. Trotz dieses schlechten Beschäftigungsgrades scheint aber doch ein starker Inlandsbedarf vorzuliegen. Der Export liegt fast völlig darnieder, da die Schutzschranken des Auslandes den Export droffeln. Der Redner empfahl der Regierung, die Eingangszölle für fremde Werkzeugmaschinen nach Deutschland niedrig zu halten, da sich die deutsche Werkzeugmaschinenindustrie stark genug fühle, die Konkurrenz des Auslandes zu bestehen. Natürlich müßte eine solche Zollpolitik der deutschen Regierung ähnliche Maßnahmen im Auslande nach sich ziehen, sonst sei der Export unmöglich. Das Vertrauen des Auslandes sei infolge der verworrenen innerdeutschen Verhältnisse gesunken, allerdings lägen die deutschen Preise auch wesentlich über den Weltmarktpreisen. Die wenigen Aufträge nach dem Auslande seien auf Spezialmaschinen beschränkt und auch nur unter gewissen Preisverlusten erhältlich gewesen. Der Redner warnte, größere Aufträge in fester Goldmark abzuschließen, denn man könne die weitere Entwicklung der Verhältnisse nicht übersehen. Große Schmerzen bereite die Materialbeschaffung, denn eine Verfeinerungsindustrie kann nicht bestehen, wenn nicht genügend Material herankomme. Die Werkzeugmaschinenfabriken sollten dazu übergehen, eigene Gießereien einzurichten. In der deutschen Gießereitechnik mache sich besonders der Mangel an geschulten Formern bemerkbar. Selbstverständlich wurden auch die Frachten der Reichsbahn einer vernichtenden Kritik unterzogen. Die Betriebssteuer bezeichne der Redner als ungerecht, und ganz besonders verwarf er die Umsatzsteuer, die zwar im einzelnen nur 2 1/2 Proz. betrage, aber in den einzelnen Stufen der Fabrikation erhoben und so das Endergebnis wesentlich höher belasteten. Daß Herr Beder den Achtstundentag in Bausch und Bogen verdamme, wobei er sogar in seinem Referat etwas heftig wurde, nimmt nicht wunder. Er fand in dieser Versammlung Beifall, als er der Regierung vorwarf, daß sie in dieser Frage nur halbe Arbeit geleistet habe, daß das bisherige Arbeitsabkommen nur befristet sei. „Die Regierung“, so legte er, „sollte sich einfach auf den Standpunkt stellen, daß mehr gearbeitet werden müsse und diese Mehrarbeit müßte ein Dauerzustand werden, sonst gehe die Sache nicht.“ Daß er auch das Betriebsratsgesetz ablehnte, von dem einzelne Ideologen (Zwischenrufe aus der Versammlung: Idioten!) einen guten Einfluß auf die Produktion erhofften, ist bei der Geistesrichtung dieser Herren nur zu verständlich. Herr Beder leitete seine Ausführungen die Krone auf, als er erklärte, daß der Arbeiter tatsächlich verlernt hätte zu arbeiten, weil er stets mit Lohnforderungen aufträte. Deshalb müsse das Wort aus dem alten Testament: „Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen“ wieder in das Denken des deutschen Volkes übergehen.

Herr Generaldirektor Beder, der die Behauptung aufgestellt hatte, daß der deutsche Arbeiter verlernt hätte, zu arbeiten, wurde noch in derselben Stunde durch einen anderen Referenten, dem Regierungsbaumeister Holz widerlegt, der feststellte, daß die Arbeitsleistung pro Stunde die der Vorkriegszeit erreicht habe, der im übrigen aber den Nachweis zu führen versuchte, daß der Achtstundentag indirekt verteuern wirke, wobei er in seinem statistischen Zahlenmaterial von der Annahme ausging, daß die Vermehrung der Arbeitsstunden an sich schon eine Erhöhung der Produktion mit sich bringe, eine Annahme, die schon zu manchem Trugschluß geführt hat.

Es ist nur verständlich, wenn der Arbeiter, der diese ihm so feindliche Besinnung fühlt, dem Sozialismus in die Arme getrieben wird. Gerade die Ausführungen des Generaldirektors Beder, der dem Arbeiter als Betriebsrat das schlechteste Zeugnis ausstellte, sollte ein Anlaß für die Arbeiterschaft sein, ihre ganze Kraft darauf zu konzentrieren, sich geistig so zu schulen, daß sie in jedem Fall diesen Leuten in Wahrnehmung ihrer Interessen mit den besten Gründen entgegentreten können.

Kreditnotigkeiten und Zahlungsbedingungen. Die Kreditnot führt zu heftigen Kämpfen zwischen Lieferanten und Abnehmern um die Zahlungsbedingungen. So sind Verhandlungen, die am 26. d. M. abends zwischen den Fabrikantenverbänden der Damenkonfektion und dem Reichsverband für Damen- und Wäscheindustrie als Vertreter der Abnehmer über Vereinbarungen neuer Zahlungs- und Lieferungsbedingungen für die Herbstlieferung stattgefunden haben, laut „Deutsche Konfektion“, abermals gescheitert. Die Fabrikanten wollten längst ein mittleres Kontingent von circa 5 Wochen zugehen, während die Abnehmer ein kürzeres Ziel als 30 Tage ab Fakturdatum 4 Proz. Skonto, 45 Tage ab Fakturdatum 2 Proz. Skonto, 60 Tage ab Fakturdatum netto, nicht anerkennen konnten, um nicht zum Herbst von vornherein durch zu kurze Ziele in Zahlungsschwierigkeiten zu geraten.

Fortgang der Textil-Enquete. In der Textil-Enquete ist, wie „Die Textil-Woche“ erzählt, in drei Verhandlungsstagen die Untersuchung über die am Grundstoff Baumwolle beteiligten Wirtschaftszweige zu Ende geführt worden. Es wurden Vertreter der Baumwollspinnerei, der Rohweberei, der Buntweberei, des Baumwollwarengroßhandels, der Bekleidungsindustrie, der Herrenwollschneiderei in Groß- und Detailherstellung und des Einzelhandels gehört. Insbesondere wurden genaue Unterlagen über die Selbstkosten und deren Steigerung, den Rohstoff- und Lohnanteil, den Einfluß der Besteuerung und der sozialen Belastungen beigebracht. Auch die Auslandspreise und die deutschen Exportpreise wurden behandelt. Am Donnerstag wurde in die Untersuchung der Wollwaren- und Tuchindustrie eingetreten.

Mef-Stoffe Durch Güte „Preiswürdigkeit“ seit Jahren bekannt

Ausnahme-Angebot! garantiert reine Kammergarn-Anzugstoffe, das Beste vom Besten M. 15⁶⁰ u. 18⁸⁰

Tuchhaus M.E. Freisag Molkenmarkt 14
Bitte auf Eingang Nr. 14 zu achten

Hautjucken, Flechten, offene Füße (Kraupfadern)

auch veraltete Wunden heilt die milde und wohltuende, seit Jahrzehnten bewährte San-Rat Dr. Strahl's Wundsalbe. In Original-Dosen erhält! Elefant-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Str. 74, am Dönhofpl.

Haut-Bleichkrem

„Klora“ so wie Klora-creme bleicht Gesicht und Hände in kurzer Zeit rein weiß. Wirksam erprobte unschädliche Mittel gegen uneheliche Hautfarbe, Sommerprossen, Leberfleck, gelbe Fleck. Mit genauer Anweisung in allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Garderobe in guten Qualitäten auf Teilzahlung bei kleinster An- und Abzahlung Billige Preise!

Ersatz für Maßarbeit Herren-Anzüge, Paletots, Knaben- und Burschen-Anzüge

Cohn Gr. Frankfurter Str. 58 5 Minuten vom Alexanderplatz Eingang durch Möbelläden

Zigarren

Die Angebote beweisen jetzigen Grade das rapide Anziehen der Zigarrenpreise. Mein großes Lager gestattete es mir, großes Händlernutzen gute abgelagerte Ware von 7 Pl. Kleinverkauf an zu liefern

Markenzigaretten größte Auswahl zu preiswert

Kau-, Rauch- u. Schnupftabake

Winkler, Michaelkirchstraße 24 Nähe Jannowitzbrücke — Moritzplatz 18 187 —

Bleichmittel in das mit antiseptischer Sicherheit wirkende Radikal-Verbleichungsmittel gegen

Blauwurz Nierensteine, Kälte, Schonen, Schwere, Nervenleiden, Ammen, Pissen usw. — in Apotheken und Drogerien, **Elko-Pharmazie, A-G** Hannover

Bleichmittel Blutarmut, Anämie, Schwäche in kurzer Zeit behoben, **Reichels Malzextraktpulver**, das beste Bleichmittel, 88-jähr. Erfolg. 30. 1.50 Abl. 3 Dosen 30. 4.25 In Dtsch. Markt bei Otto Reichel, Berlin 43, SO, Oranienburgerstr. 4.

CUPREX gegen Ungeziefer und Tier

Käuflich in Apotheken und Drogerien

Damit das Waschen etwas taue, Nimm Melland's Dreieck-Seifenlauge

*) Wichtig ist der Hausfrau die gute und kräftige Lauge, die den Schmutz schonend löst und die Hände nicht beschädigt; die Dreieck-Seife erzeugt eine solche. Zu haben bei: Honczek, Seifengroßhdlg., Schöneberg, Losse & Reinicke, S. 59, Schinkelstr. 23, Werner & Co., Schöneberg, Mühlentstr. 8, Fedtke, O. Weidenweg 16, Blasinski, C. Kaiser-Wilhelmstr. 12, Verkaufsstelle für Groß-Berlin, Lützowplatz 11. — Tel. Lützow 3319.

Gesamtch. ORIGINAL. geschäftl. Melland

Hecht Tabakwaren-Handlung Zigarren, Zigaretten, Tabak Billig

Lindenstr. 81

Steppeben preiswert, direkt Fabrik Bernhard Strohmandel, 72 Wallstr. 72 Pl. Spittelmarkt, G. Gebel, U. Nikolai, Pl. 2. Alte Steppeben, versch. aufgeb.

Zahlungserleichterung gewährt altangesehene Möbelfabrik vertrauenswürdigem Leuten. Offerten unter R. 32 Hauptexp. des „Vorwärts“.

Stellungsangebote finden im Vorwärts beste Beachtung

Sternzwirne, 268-garne Twist Quittungs-Marken

Solenträger, Gummiband, Röhme, Gestül u. l. Ausgarnen, weit unter Tagespreisen, **Gäusler, Deutzhofstr. 13, Merkur 6889**

mit 40 Jahren Spezialität Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.